

KULTUR - POLITIK - WIRTSCHAFT - WISSENSCHAFT

Weiß-Blaue RUNDSCHAU

für Altbayern, Franken und Schwaben



- Solidarität mit der Ukraine
- Gespräch mit Staatsminister Klaus Holetschek MdL
- Bayerische Gedenkorte in Rom

Bayern - Freistaat mit Zukunft

Bayern – lebens- und liebenswert durch eine große Vielfalt von wunderbarer Natur, intakten Dorfgemeinschaften und pulsierendem Leben in den Metropolregionen. Die Welt schätzt Bayern für seine Kultur und als wirtschaftlich erfolgreiche Spitzenregion. Trotzdem ist Aufmerksamkeit gefordert: Der rasante politische und gesellschaftliche Wandel gefährdet unsere bayerische Lebensart.

Aus dieser Erkenntnis heraus schließen sich bayerisch gesinnte Bürger seit fast 100 Jahren im Bayern-

bund e.V. zusammen. Verwurzelt in Geschichte und Tradition sind wir offen für Neues und bereit, die Zukunft unseres Landes aktiv mitzugestalten. Der Bayernbund versteht sich als überparteiliche Organisation für staatsbewusste und landesverbundene Bürgerinnen und Bürger in oder aus Bayern. Er befasst sich mit dem staatspolitischen Geschehen in und um Bayern, der Geschichte und Kultur sowie der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Interessenten finden Erläuterungen zum Bayernbund, seiner Geschichte

und seiner Ziele sowie eine Beitritts-erklärung im Internet unter www.Bayernbund.de. Als Verbandsorgan des Bayernbundes dient die „Weiß-Blaue Rundschau“, die alle Mitglieder kostenlos erhalten. Berichte aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft finden sich auch auf unserer Homepage unter https://www.bayernbund.de/aktuelles_landesverband/ oder auf Facebook unter www.facebook.com/BayernbundLandesverband. Regionale Verbände wirken dabei mit, unsere Ziele umzusetzen und die bayerische Lebensart zu erhalten. ■

Landesverband:

Gabriele Then
Münchener Str. 41
83022 Rosenheim
Telefon: 08031/9019140
Telefax: 08031/9019189
Email: postfach@bayernbund.de
Frau Then erreichen Sie
Mittwochs von 9:00 - 12:00 Uhr
persönlich am Telefon

Kreisverband Dachau:

Dr. Edgar Forster
Hackenängerstr. 26, 85221 Dachau
Telefon: 08131/85108
Email: e.forster@aura-personal.de

Kreisverband Deggendorf:

Kreisvorsitzender
Thomas Mittermeier
Reisach 4, 94486 Osterhofen
Telefon: 09932/959267
Email: t.mittermeier@artholz.bayern

Bezirksverband Franken:

Thomas Blösel
Peter-Flötner-Str. 30, 90766 Fürth
Telefon: 0160/4707311
Email: bloesel-privat@t-online.de

Kreisverband Kempten:

Kreisverband
Memmingen/Unterallgäu:
Dr. Franz-Rasso Böck
Aurikelweg 33, 87439 Kempten
Email: bayernbund-kempten@web.de

Kreisverband München und Umgebung:

Hubert Dorn, Bezirksrat
Flüggenstr. 6, 80639 München
Telefon 089/176291
Email: hubert.dorn@gmx.de

Kreisverband Neustadt/WN, Weiden, Tirschenreuth:

Komm. Kreisvorsitzender
Georg Stahl, MdL a.D.
Schulstr. 6, 92712 Pirk
Telefon: 0961/7912

Kreisverband Oberland:

Anian Bichlmaier
Bürg 23, 83627 Warngau
Email: AnianBichlmaier@t-online.de

Kreisverband Passau:

Horst Wipplinger,
1. Bürgermeister a.D.
Kinsing 4b, 94121 Salzweg

Kreisverband Regensburg:

Konrad Schwarzfischer
Schulstr. 19, 93087 Alteglofsheim
konrad.schwarzfischer@t-online.de

Kreisverband Rosenheim:

Christian Glas
Föhrenstr. 15, 83125 Eggstätt
Email:
info@bayernbund-rosenheim.de

Kreisverband Traunstein:

Dr. Franz-Xaver Heigenhauser
Bachmayerstr. 1, 83278 Traunstein
Telefon: 0160/1836605
Email: franz.heigenhauser@web.de

Kreisverband Weilheim-Schongau/ Garmisch-Partenkirchen:

Ludwig Bertl
Am Südhang 12
82401 Rottenbuch
Telefon: 08867/1281
Email: ludwig.bertl@t-online.de

Kreisverband Holledau:

Kommissarische Vorsitzende
Monika Kaltner
Kirchenäcker 10, 84048 Mainburg ■

Liebe Mitglieder des Bayernbundes, liebe Leser der Weiß-Blauen Rundschau!



Sebastian Friesinger

Ein herzliches Grüß Gott in unserer April/Mai-Ausgabe im 65. Jahrgang der Weiß-Blauen Rundschau.

Als ich im letzten Editorial von Aufbruchstimmung schrieb und von der Vorausschau auf die kommenden Inhalte im Vereinsjahr wie unsere Klausur auf der Fraueninsel etc., da konnte ich noch nicht ahnen, dass sich die Welt – und das betrifft vor allem unser Europa, unser Land und unsere Heimat – so schnell verändern würde.

Der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine ist in erster Linie auch ein Angriff auf unsere Demokratie und

auf unser Verständnis, wie Völker untereinander zusammenleben sollten. Es ist auf unserem Kontinent ein Rückfall um Jahrzehnte.

Auch der Bayernbund bittet darum in dieser Weiß-Blauen Rundschau auf Seite 5 um Ihre Unterstützung und Hilfe für die Kriegsoffer und für die Kriegsflüchtlinge.

Das Bayerische Rote Kreuz und die Malteser wollen wir stellvertretend für viele andere mit dieser kostenfreien Anzeigenmöglichkeit unterstützen, um für Spendengelder zu werben – Spendengelder, die diese Organisationen als Grundlage ihrer Hilfe vor Ort oder auch in unserer Heimat dringend benötigen und brauchen.

Ich möchte jedoch auch die vielen anderen Hilfsorganisationen nicht vergessen und vor allem die vielen Ehrenamtlichen, die sich hier selbstlos einbringen und Ihnen allen an dieser Stelle ein großes Danke und Vergelt's Gott für ihre Arbeit ausrichten.

Wir können in der WBR nur stellvertretend für Alle die Anzeigen dieser beiden Hilfsorganisationen abdrucken, die uns sehr nahestehen. Der Dank gilt jedoch ausdrücklich allen Helfern, egal in welcher Form und wie auch immer sie sich einbringen, um die große Not zu lindern oder um un-

seren Nachbarn vorübergehend ein Zuhause zur Verfügung zu stellen.

Der Angriff auf friedliche Bürgerinnen und Bürger hat nicht zuletzt auch – wie wir sehen – Auswirkungen auf unser Leben hier in Bayern, auf unsere Wirtschaft und auf unsere Arbeitswelt. Hier werden Lieferketten unterbrochen und es sind Arbeitsplätze in unserem Land stark betroffen. Die Ukraine ist Produktionsstandort für vieles und so manches und es wird uns oft erst jetzt bewusst, wie wichtig die globalen Zusammenhänge für die Aufrechterhaltung unseres Wohlstandes sind.

Wir können vielleicht auf so einiges für einen Zeitraum verzichten – und stellen dadurch so manch Wichtigeres in unseren Lebensmittelpunkt. Unsere Mitmenschen brauchen sofortige Hilfe.

Darum nochmals der Aufruf: Unterstützen Sie bitte die Hilfsorganisationen aller Art und helfen Sie den Menschen in ihrer größten Not!

Sebastian Friesinger
Bezirksrat, Landesvorsitzender

Die Weiß-Blau Rundschau ist das offizielle Organ des Bayernbund e.V.

Solidarität mit der Ukraine	4
Spendenaufrufe BRK und Malteser	5
Gespräch mit Staatsminister Klaus Holetschek MdL	6
Mit Nachdruck, Überzeugungs- kraft und sanfter Hand	10
Leserbrief: Umbenennung Ludwig-Thoma-Straße	14
Kommentar / Termine	15

Bayerische Gedenkorte in Rom	16
------------------------------	----

KULTUR

Zum Titelfoto: Das Erhabene	18
Bayerischer Verdienstorden 2022	18
Kleine Schätze aus Bayerns Geschichte	19

AUS DER REGION

Innere Stärke, äußere Sicherheit	22
Umfrage zu „Bayerns Dialekte online“	24

Gemeinschaftsprojekt „MundArt-Weg“	24
Bürgerallianz Bayern	25
GREMIEN, VERBÄNDE, LANDESVORSITZENDER	26
Bayernbund in Klausur	28
Zukunftsdialog Heimat.Bayern	29
Konrad Breitner	30
Leserbrief	31
IMPRESSUM	31

Landtagspräsidentin Ilse Aigner bekundet Solidarität mit der Ukraine: „Die Freiheit wird gewinnen!“

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat als Repräsentantin der bayerischen Volksvertretung an der überparteilichen Kundgebung „Frieden in Europa, Solidarität mit der Ukraine“ auf dem Münchener Königsplatz teilgenommen. In ihrer Rede verurteilte Aigner den verbrecherischen Angriff Putins auf ein souveränes Land und die Zerstörung der Sicherheits- und Friedensordnung der Nachkriegszeit. Sie sicherte den Menschen in der Ukraine Unterstützung zu und drückte ihre Bewunderung für den Kampf der Bürgerinnen und Bürger der Ukraine für Freiheit und Demokratie aus.

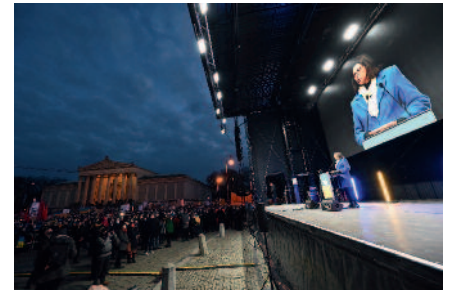
Aigner unterstrich die Verantwortung des Präsidenten der Russischen Föderation für den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine: „Er hat mit seinem Überfall auf die souveräne Ukraine die Sicherheits- und Friedensordnung der Nachkriegszeit zerborst – kaltherzig, geltungssüchtig. Dabei nimmt er keine Rücksicht auf Zivilisten – im Gegenteil. Gezielt werden auch Wohnhäuser angegriffen. Wie wir hören, auch mit geächteten Waf-



Das war eine beispiellose Geste: Auf dem Königsplatz in München demonstrieren 45.000 Menschen für den Frieden – und Politikerinnen und Politiker tun sich parteiübergreifend zusammen.

fen. [...] Putins fanatischer Angriff gegen ein freies, demokratiebegeister-tes, pro-europäisches Volk ist vor allem auch ein Krieg gegen die Demokratie – die er verabscheut und die ihm Angst macht!“

Die Menschen in der Ukraine sind in diesen Tagen der Stolz Europas. Ihnen gelten unser Respekt und grenzenlose Bewunderung! Sie sind die größten Kämpferinnen und Kämpfer für die Demokratie – für die Freiheit auf unserem Kontinent. Und wir sind heute hier, um ihnen zu zeigen: Ihr seid nicht allein! Wir halten zusammen! Die Freiheit wird gewinnen!“ ■



Landtagspräsidentin Ilse Aigner betonte am Beginn ihrer Rede die Verbundenheit und Solidarität mit den Menschen in der Ukraine.



An der Veranstaltung nahm auch CSU-Chef Markus Söder teil. „Wir werden unter keinen Umständen einen Krieg, einen nicht provozierten Angriffskrieg in Europa akzeptieren, niemals“, sagte Bayerns Ministerpräsident. Mit Blick auf Hilfsleistungen aus Bayern ergänzte er: „Jetzt sind wir alle Ukrainer und stehen auch zu dieser Verpflichtung.“



Katharina Schulze (Grüne) fand ebenfalls emotionale Worte. „Es gibt einen Mann, der für den Krieg verantwortlich ist, und das ist Putin. Wenn er nicht zurückweicht, muss es weitere Sanktionen geben.“ Sie sei froh, dass die EU und Deutschland der Ukraine Waffen zur Selbstverteidigung liefern.



Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, erinnerte daran, dass die Nazis den Königsplatz einst zur Selbstdarstellung genutzt hatten. „Aber jetzt stehen wir hier!“



Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) sprach von einem „menschenverachtenden und völkerrechtswidrigen Krieg gegen friedliche Bürger“ – dies könne nicht unwidersprochen bleiben.



Unterstützen Sie Menschen in Not!

Das Bayerische Rote Kreuz hat in kürzester Zeit mehr als 120 Einrichtungen zur Betreuung vertriebener Menschen im Freistaat Bayern errichtet. Wir bieten eine Bleibe, verpflegen die Menschen und beraten in den drängendsten Fragen.

Zudem sind unsere Ehrenamtlichen in den Nachbarländern der Ukraine und in der Ukraine selbst im Einsatz, transportieren Hilfsgüter in die Konfliktregionen, evakuieren hilfsbedürftige und schwer verletzte Personen in sichere Bereiche.

All das erfordert Unterstützung in Form von Geldspenden aus der Bevölkerung. Nur dank Ihrer Unterstützung sind schnelle und unbürokratische Hilfen dieser Art möglich.

Helfen Sie jetzt!
www.brk.de

Bayerisches Rotes Kreuz
IBAN: DE067005 0000 0000 022 222
BIC: BYLADE33HAN
Spendenzweck: Ukraine-Hilfe BRK

Spendenkonto: Malteser Hilfsdienst e.V.
IBAN: DE10 3706 0120 1201 2000 12
Stichwort: „Ukraine-Hilfe“



Oder online:
malteser.de/spenden



Malteser

...weil Nähe zählt.

+++ KRIEG IN DER UKRAINE +++



NOTHILFE

Wir Malteser sind an der Seite der Flüchtenden und versorgen sie mit Mahlzeiten und medizinischem Hilfsmaterial.

Bitte retten Sie mit uns Leben!



Interview mit Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek MdL

Seit mittlerweile zwei Jahren steht die Gesundheitspolitik im Zentrum des Geschehens. Derzeit zeichnet sich ab, dass sich im Frühjahr das Corona-Infektionsgeschehen entspannen könnte. Das erschien für den Landesvorsitzenden des Bayernbundes Sebastian Friesinger und Redakteur Fritz Lutzenberger ein günstiger Zeitpunkt für ein Gespräch mit Klaus Holetschek, der seit Jahresanfang 2021 das Amt des bayerischen Gesundheitsministers innehat.

Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege ist aber nicht nur für die Pandemiebekämpfung zuständig, sondern hat auch noch viele andere Aufgaben, wie zum Beispiel Prävention, Gesundheitsförderung, die Investitionskostenförderung über das Jahreskrankenhausbauprogramm, die Niederlassungsförderung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum sowie den Ausbau palliativmedizinischer und hospizlicher Versorgungsstrukturen.

Sehr geehrter Herr Minister, gestatten Sie uns zu Beginn eine persönliche Frage: Den Medien war zu entnehmen, dass Sie sich wie viele andere Menschen in Bayern mit dem Coronavirus angesteckt haben. Ist alles wieder in Ordnung?

Mit geht es wieder gut, vielen Dank! Ich hatte Symptome wie Husten und Fieber und bin sehr froh, dass ich geboostert bin. Die Impfung schützt vor schweren Erkrankungen. Deshalb werde ich weiterhin dafür werben und alles tun, damit sich möglichst viele Menschen für eine Impfung entscheiden, die dies noch nicht getan haben.

Heiße Diskussionen gibt es um die allgemeine Impfpflicht sowie die Impfpflicht für Beschäftigte im Pflege- und Gesundheitsbereich. Wie ist der aktuelle Stand?

Bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht haben wir in Bayern einen klaren Plan, den wir stufenweise umsetzen. Vorrangiges Ziel ist es, bei allen betroffenen Personen auf eine Vervollständigung des Impfschutzes hinzuwirken. Zunächst setzen wir daher auf Beratungsangebote für die Menschen, die sich bislang noch nicht haben impfen lassen. Anschließend können die Gesundheitsämter, sofern trotz Aufforderung weder ein Impf- oder Genesenennachweis noch ein ärztliches Zeugnis über Kontraindikationen vorgelegt wurde, Bußgelder verhängen. In letzter Instanz können dann auch Betretungsverbote ausgesprochen werden – das wird aber voraussichtlich nicht vor dem Sommer passieren.

Was die Einführung einer Impfpflicht für die gesamte Bevölkerung angeht, muss man klar feststellen: Wir sind hier in einer schwierigen Lage – und dafür trägt die Berliner Ampelregierung die Hauptverantwortung. Während die einrichtungsbezogene Impfpflicht bereits seit dem 16. März in Kraft ist, wird in Berlin weiter ein Eiertanz um die allgemeine Impfpflicht aufgeführt. Dabei war eigentlich von Anfang an klar, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht nur ein erster Schritt hin zu einer allgemeinen Impfpflicht sein sollte. Olaf Scholz hat eine wichtige Chance vertan, ja, man muss sagen: Er hat hier versagt! Er hat sich schon früh – und meiner Meinung nach auch völlig zu recht – für eine allgemeine Impfpflicht ausgesprochen, dann aber keinen eigenen Plan dafür vorgelegt.



*Staatsminister für Gesundheit und Pflege
Klaus Holetschek*

Jetzt hat man keine einheitliche Linie, sondern verliert sich in Gruppenanträgen. Die Situation ist festgefahren – was sich derzeit abzeichnet, ist ein Kompromiss.

Die Impfquote kommt in Bayern nicht mehr so recht voran. Sind Sie vom Start des neuen Novavax-Impfstoffes enttäuscht?

Jede Impfung zählt – und jeder sichere und wirksame Impfstoff kann uns helfen, den Schutz der Bevölkerung weiter zu verbessern. Der Impfstoff von Novavax ist damit ein Teil unserer Impfstrategie. Ehrlicherweise muss man aber sagen: Leider lassen sich bisher nicht so viele Menschen mit diesem Impfstoff impfen wie erhofft. Mit der Omikronvariante wiegen sich vielleicht manche Menschen aktuell in Sicherheit, da die Erkrankung in der Regel im Vergleich zur Delta-Variante milder verläuft. Allerdings ist das Risiko für einen schweren Verlauf, insbesondere für ungeimpfte Menschen über 60 Jahren oder Menschen mit Vorerkrankungen, auch bei der Omikronvariante deutlich erhöht.

Und auch milde Verläufe können zu Spätfolgen wie Long-COVID führen.

Wir müssen zudem aufpassen, dass wir im Herbst nicht erneut in Situationen hineinlaufen, die wir längst hinter uns glauben, weil zum Beispiel neue Virusvarianten auftreten, die vermehrt zu schweren Krankheitsverläufen führen können, oder weil die Delta-Variante wieder dominanter wird. Auch dann kann Novavax eine wichtige Rolle für eine Impfscheidung bei Menschen spielen, die den mRNA-Impfstoffen – aus welchen Gründen auch immer – skeptisch gegenüberstehen.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach rechnet mit einer neuen Infektionswelle bereits im Sommer. Werden FFP2-Maske und Booster-Impfungen unsere ständigen Begleiter in den nächsten Jahren?

Niemand hat eine Glaskugel, Minister Lauterbach nicht und ich auch nicht. Deshalb wissen wir das nicht. Wir wissen aber, dass wir uns auf mögliche neue Infektionswellen, auf neue Virusvarianten und damit auf ein potenziell wieder gefährlicheres Infektionsgeschehen vorbereiten müssen. Maske und Impfung sind die wirksamsten und zugleich einfachsten Mittel, die uns zur Verfügung stehen.

Die Maske bleibt deshalb in Einrichtungen des Gesundheitswesens weiterhin wichtig. Aber auch im ÖPNV, wo viele Menschen längere Zeit eng zusammen in Innenräumen verbringen, brauchen wir noch solche Basisschutzmaßnahmen – gerade jetzt, wo die Infektionszahlen immer noch sehr hoch sind. Ich hätte mir zudem gewünscht, die Maskenpflicht auch an anderen Stellen vorerst zu belassen. Österreich musste da ja auch schnell wieder nachsteuern und hat sie in Innenräumen wieder eingeführt. Leider ist der Bund hier stur und uneinsichtig geblieben.

Zur Impfung: Wenn neue Varianten

auftreten oder uns die Daten der Experten zeigen, dass der Impfschutz mit der Zeit unter eine kritische Schwelle absinkt, sind Auffrischungsimpfungen unser schärfstes Schwert. Dann wird die STIKO empfohlen, wann und für wen weitere Impfungen sinnvoll sind.

Zu Beginn der Pandemie gab es Beifall und Konzerte vom Balkon für die Beschäftigten im Pflege- und Gesundheitsbereich. Forderungen wurden laut, die Rahmenbedingungen speziell im Pflegebereich nachhaltig zu verbessern. Mittlerweile scheinen die Haushaltspolitiker in der Diskussion wieder die Oberhand zu haben...?

Sie haben recht, die Pflege war plötzlich in bisher ungeahnter Weise im Fokus. Klar ist auch: Die Pflege braucht mehr als nur Applaus. Die dort Beschäftigten leisten Großartiges und sind insbesondere in der Pandemie täglich über sich hinausgewachsen.

Schon vor der Pandemie war klar, dass der pflegerische Bedarf groß ist und weiter zunehmen wird, die Rahmenbedingungen der beruflich Pflegenden aber bei weitem nicht ideal sind. Die Pandemie hat das nochmal verdeutlicht. Der andauernde Personalmangel führt etwa regelmäßig dazu, dass Dienstpläne und Freizeit oft nicht eingehalten werden – ein Teufelskreis. Und, ja, Sie haben auch recht, dass der echte Reformbedarf im Hinblick auf die pflegerische Versorgung auch bei den sogenannten Haushaltspolitikern noch nicht ernst genug genommen wird.

Erfreulich ist aber: Bei der Vergütung in der Langzeitpflege hat sich die Bundespolitik endlich zu einer deutlichen Verbesserung durchgerungen. Ab September 2022 wird der Abschluss eines Versorgungsvertrags mit den Pflegekassen an die Zahlung nach Tarif geknüpft. Dies ist besonders für die Langzeitpflege wichtig, da dort die

Vergütung im Durchschnitt um Einiges unter der im Krankenhaus liegt – und das bei prinzipiell gleicher Ausbildung, denn seit 2020 berechtigt



Staatsminister Klaus Holetschek (mitte) beantwortete ausführlich die Fragen des Landesvorsitzenden Sebastian Friesinger (rechts) und von WBR-Redakteur Fritz Lutzenberger (links).

eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung zur Pflegefachfrau/-mann zur Tätigkeit in beiden Bereichen. Die Umsetzung dieser sogenannten Tariflohnbindung wird derzeit vorbereitet. Sie ist für alle Beteiligten sehr fordernd. Der Schritt war aber wichtig.

Enttäuscht bin ich vom geplanten Pflegebonus der Bundesregierung, der unzureichend ist und zudem viel zu spät kommt. Die Ampel springt hier wieder zu kurz. Eine Milliarde Euro ist eine stolze Summe, aber nicht genug. Intensivpflegekräfte sollen 2.500 Euro bekommen, Langzeitpflegekräfte nur maximal 550 Euro – obwohl auch sie Herausragendes geleistet, selbst Erkrankungsrisiken in Kauf genommen und unter oft schwierigsten Bedingungen die Versorgung von Pflegebedürftigen sichergestellt haben. Medizinische Fachangestellte sollen den Bonus gar nicht bekommen, obwohl sie entscheidend dazu beigetragen haben, die ambulante Versorgung zu sichern und zudem eine Stütze der Impfstrategie

waren. Auch Krankenhäuser, die nur wenige beatmete Patienten versorgt haben, gehen leer aus. Dieser Bonus muss ein Dank an alle Beschäftigten im Pflegebereich sein, die in der Corona-Pandemie über sich hinausgewachsen sind. Diesem Anspruch wird die Bundesregierung nicht gerecht.

Gleichzeitig ist klar, dass es weitere Verbesserungen bedarf. Diese können in einigen Bereichen, zum Beispiel bei der Verlässlichkeit der Dienstpläne, nur die Arbeitgeber umsetzen. Daneben liegt es aber am Bund, über die bisherigen Reformen hinaus endlich eine grundlegende Reform der sozialen Pflegeversicherung anzugehen. Das aktuelle System ist zu kompliziert. Es bedarf der Vereinfachung. Bestehende Strukturen, Kompetenzen und Anreize müssen auch mit Blick auf die beruflich Pflegenden überdacht werden.

Hierfür müssen die generellen Rahmenbedingungen in der Pflege langfristig verbessert werden – das sind wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Pflegeberufen schuldig.

Auf staatlicher Ebene macht sich Bayern deshalb konsequent dafür stark, dass der Bund die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Ausbildung und Praxis in der Pflege so ausgestaltet, dass die Pflegeberufe langfristig attraktiv bleiben. Das gilt insbesondere auch für den Krankenhausbereich. Mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz wurden mit der Herausnahme der Pflege aus dem Fallpauschalensystem die Grundlage dafür geschaffen, Tarifvergütungen über das Pflegebudget verlässlich zu refinanzieren. Das bedeutet: Die Kliniken haben keinerlei finanziellen Anreiz mehr, am Pflegepersonal zu sparen. Zudem wurden in besonders sensiblen Bereichen im Krankenhaus Pflegepersonaluntergrenzen etabliert. Krankenhäuser erhalten außerdem mehr Geld für Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur

betrieblichen Gesundheitsförderung.

Dieser begonnene Prozess zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs ist von staatlicher Seite konsequent weiterzuführen. Bayern setzt sich hier insbesondere für eine Entlastung des Pflegepersonals in Krankenhäusern von pflegefremden Tätigkeiten und eine Verbesserung der Vergütung durch Ausweitung der Steuerfreiheit für Zuschläge ein. Zudem werben wir beim Bund nicht nur für neue Maßnahmen und monetäre Anreize, sondern auch für eine Verbesserung bereits bestehender Förderprogramme.

Erst kürzlich habe ich den Bund dazu aufgefordert, das mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz etablierte Förderprogramm für Maßnahmen der Krankenhäuser für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Pflegekräfte attraktiver zu gestalten. Ich bin überzeugt davon, dass es uns durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten gelingen wird, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pflegeberufen spürbare Verbesserungen zu erreichen.

Nach Aussagen aus dem Bayerischen Landtag scheint es Bestrebungen zu geben, die Krankenhausplanungs- und Finanzierungskompetenz von Bayern auf den Bund zu übertragen. Das Gutachten der Bertelsmann Stiftung zu einer zukunftsfähigen Krankenhausversorgung, das eine massive Reduzierung der Krankenhausstandorte vorschlägt, ist noch vor der Pandemie entstanden und führt derzeit zu kontroversen und emotional aufgeladenen Diskussionen über die Krankenhauslandschaft in Bayern. Während zum Beispiel im Landkreis Weilheim-Schongau trotz erheblicher Investitionen in die beiden vorhandenen Standorte der Neubau eines Zentralklinikums favorisiert wird, setzen die Landkreise Pfaffenhofen a.d. Ilm und Kelheim auf den Erhalt der bis-

herigen Standorte. Landrat Martin Neumeyer erklärte vor kurzem, dass er sich bewusst sei, dass man sich durchaus im Gegensatz zu bundes- und landespolitischen Entwicklungen positioniere, welche kleinere Krankenhäuser aus der Versorgung drängen wollen. Wie steht die Bayerische Staatsregierung gerade nach den aktuellen Pandemie-Erfahrungen zu einer wohnortnahen und trotzdem hochqualitativen Krankenhausversorgung als Grundpfeiler unseres Gesundheitswesens?

Eine leistungsfähige und flächendeckende stationäre Versorgung war und ist der Staatsregierung ein wichtiges Anliegen. Ziel ist dabei stets ein in einem Flächenstaat wie Bayern erforderlicher maßvoller Ausgleich zwischen Wohnortnähe, Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung. Die erfolgreiche Bewältigung der Corona-Pandemie durch die bayerischen Krankenhäuser zeigt, dass diese Strategie bislang erfolgreich war.

Bereits seit Jahren findet ein kontinuierlicher Strukturwandel in der bayerischen Krankenhauslandschaft statt, der in der Somatik per Saldo zu einem Abbau stationärer Behandlungskapazitäten und zu einer Konzentration des Versorgungsgeschehens geführt hat. Der Strukturwandel ist weiter in Gange – er funktioniert nur nicht automatisch, sondern auf einem stetigen Arbeitsweg im Lichte der tatsächlichen Umstände des Einzelfalls. Hierfür sorgt die Krankenhausplanung in aufwändigen Analysen der Einzelfälle und in zahlreichen Gesprächen mit den Krankenhausträgern. Es geht dabei immer darum, auf Basis der gegebenen Realitäten konkrete, funktionierende Lösungen für die individuelle Situation vor Ort zu erreichen. Deshalb muss die Lösung, die in dem einen Landkreis richtig ist, nicht automatisch auch für einen anderen Landkreis richtig sein. Klar ist in diesem Zusammenhang zudem:

Krankenhausplanung ist keine staatliche Planwirtschaft und Krankenhäuser sind keine nachgeordneten Behörden der Staatsverwaltung. Insbesondere private Krankenhausträger haben nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts weitreichende Ansprüche auf Aufnahme in den Krankenhausplan. Andererseits hat die staatliche Krankenhausplanung auch in Rechnung zu stellen, dass die sog. Sicherstellungsverpflichtung für die stationäre Krankenhausversorgung in Bayern im Bereich der Somatik bei den Landkreisen und kreisfreien Städten liegt. Alternative dazu wäre ein rein staatliches Gesundheitssystem, dessen Nachteile in anderen Ländern ersichtlich zutage treten.

Insgesamt ist aus Sicht der Staatsregierung die stationäre medizinische Versorgung flächendeckend und auf hohem Niveau sichergestellt. Ein pauschales Überangebot an Betten sehen wir nicht. Schließlich muss die Krankenhausversorgung auch für Spitzenbelegungen wie etwa während der Corona-Pandemie oder Grippewellen gerüstet sein.

Weitere Zentralisierungstendenzen allein um der Zentralisierung oder des Kapazitätsabbaus willen, wie sie vor allem durch immer detailliertere bundesrechtliche Vorgaben vorangetrieben werden, lehnen wir ab. Krankenhausplanung und Krankenhausförderung müssen ohne Frage in der Kompetenz der Länder verbleiben.

Ein drängendes Problem für viele Gemeinden im ländlichen Raum ist der Hausarztmangel. Die Situation in den Hausarztpraxen in einem durch Kosten- und Leistungsdruck ohnehin gekennzeichneten System muss zwangsläufig durch die Zusatzbelastung einer Pandemiesituation „zum Überlaufen kommen“, so der Kreisvorsitzende des Gesundheits- und

Pflegepolitischen Arbeitskreises (GPA) Rosenheim, Elmar Stegmeier. Gesundheitspolitik ist zwar Bundes-sache, die Probleme bestehen aber dort, wo die Menschen leben und die Versorgung stattfindet – in den Gemeinden. Daher muss aus lokaler Sicht gedacht werden. „Wir stehen hier mit dem Rücken zur Wand“, so Aschauer Bürgermeister Frank, „einerseits sind wir für eine undefinierte kommunale Daseinsvorsorge zuständig, andererseits liegen alle Entscheidungsmöglichkeiten beim Bund“. Welche Anstrengungen unternimmt Ihr Haus, um die Hausärztesituation im ländlichen Raum zu verbessern?

Für alle Bürgerinnen und Bürger muss in allen Teilen des Landes die ärztliche Versorgung wohnortnah und in guter Qualität gewährleistet werden. Das ist ein zentrales gesundheitspolitisches Ziel der Staatsregierung. Die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung obliegt dabei der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns. Wir unterstützen sie mit zahlreichen Maßnahmen wie dem Förderprogramm zum Erhalt und zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Landarztquote.

Das Förderprogramm basiert auf zwei Säulen: der Landarztprämie und dem Stipendienprogramm für Medizinstudierende. Mit der Landarztprämie fördern wir die Niederlassungen von Ärztinnen und Ärzten in Orten mit maximal 20.000 Einwohnern mit bis zu 60.000 Euro. Wichtigste Voraussetzung ist, dass die Niederlassungen in Orten erfolgen, die nicht überversorgt sind. Bisher konnten wir so bereits rund 900 Niederlassungen und Filialbildungen fördern.

Auch mit dem Stipendienprogramm für Medizinstudierende haben wir zusätzliche Anreize geschaffen, mit denen wir Studierende für eine spätere Tätigkeit im ländlichen Raum gewinnen können. Das funktioniert so: Der oder die Medizinstudierende

verpflichtet sich, die fünfjährige Weiterbildung auf dem Land zu absolvieren und im Anschluss weitere fünf Jahre dort zu praktizieren. Hierfür erhält er oder sie ein Stipendium in Höhe von 600 Euro monatlich – für bis zu 4 Jahre. Das wirkt: Bisher haben wir so schon 274 Studentinnen und Studenten für eine spätere Tätigkeit im ländlichen Raum motiviert.

Daneben trägt auch die Landarztquote, die wir zum Wintersemester 2020/21 etabliert haben, zum Erhalt und zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen bei. Landarztquote heißt, dass bis zu 5,8 Prozent aller Medizinstudiengplätze pro Jahr in Bayern für Studierende vorgehalten werden, die später als Hausärzte im ländlichen Raum tätig werden wollen. Sie verpflichten sich, nach dem Studium und der Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin oder für Innere Medizin für mindestens zehn Jahre in einer Region zu arbeiten, die unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht ist. Die Abiturnote spielt dabei im Auswahlverfahren keine Rolle. Ich bin fest davon überzeugt: Um eine gute Ärztin oder ein guter Arzt zu sein, braucht es mehr als ein Einser-Abitur. Im Berufsleben sind auch Sozialkompetenz und Empathie gefragt. Wir konzentrieren uns deshalb bei der Landarztquote auf die besondere Motivation und Eignung der künftigen Ärztinnen und Ärzte.

Wir sind uns bewusst: Das Thema hausärztliche Versorgung ist zentral für die Zukunft. Wir dürfen deshalb hier nicht nachlassen und müssen alle Akteure vor Ort zusammenbringen, um Synergien noch besser zu nutzen – zum Beispiel durch den Ausbau von Weiterbildungsverbünden oder die Einbindung der Gesundheitsregionenplus, die Hausärzte bei der Niederlassung durch Beratung und Vernetzung ebenfalls unterstützen können und dies vielerorts auch bereits tun. ■

Verfassungsfeier der Bayerischen Einigung und Bayerischen Volksstiftung

Mit Nachdruck, Überzeugungskraft und sanfter Hand

Die Verfassung des Freistaates Bayern von 1946 als Teil der amerikanischen Demokratisierungspolitik nach 1945.

Festansprache von Prof. Dr. Hermann Rumschöttel, Präsidium der Bayerischen Einigung e.V.

(Nachdruck aus dem Bayernspiegel, Festschrift Verfassungsfeier, München 2021)

Teil 2

US-Methoden der Verfassunggebung und Demokratisierung

Die Bedeutung der Verfassunggebung im Denken und Handeln Clays kam auch darin zum Ausdruck, dass er diese nicht nur aus organisatorischen Gründen – es waren alle Länder der US-Zone betroffen – als eine Aufgabe der amerikanischen Militärregierung insgesamt (OMGUS) verstand. In diesem Sinne lag die Zuständigkeit bei der Civil Administration Division (CAD) von OMGUS und einem dafür geschaffenen „Committee on German Governmental Structures“. In einer Kombination von klaren Vorstellungen über die Grundlinien und roten Linien, zurückhaltender Kontrolle und gleichsam vertrauensvollem Gewähren und Machen lassen, nahm man meist nur indirekt, durch persönliche Gespräche und Überzeugungsarbeit und durch ständige Beobachtung Einfluss auf die Verfassungsberatungen. Barbara Fait und Thomas Schlemmer haben zu Recht betont, dass sich die Besatzungsbehörden darum bemühten, „den Akt der Verfassunggebung aus dem Besatzungsalltag herauszulösen“ und eine „Atmosphäre von Freiheit“ (Lucius D. Clay) zu schaffen, in der die bayeri-

schen bzw. deutschen Politiker ihre Vorstellungen frei entfalten konnten.

Diese Zurückhaltung im methodischen Vorgehen und die oftmals – aber nicht immer – indirekte Einflussnahme der Besatzungsbehörden dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Anteil der Militärregierung an der Entstehung und dem materiellen Inhalt der Verfassung erheblich gewesen ist. „Tatsächlich nahm die Militärregierung“ – so Karl-Ulrich Gelberg 2003 in Korrektur der bisherigen Forschung – „in umfangreichem Maße und auch substantiell Einfluss auf zahlreiche Artikel der Verfassung.“ Den Protokollen der vorbereitenden bayerischen Organe lassen sich die Vorgabe und die Akzeptanz amerikanischer Änderungswünsche in vielen Fällen nicht entnehmen,

Als amerikanischer Beobachter von OMGUS begleitete Roger H. Wells, im Zivilleben Professor für Politische Wissenschaften, die bayerischen Beratungen. Er ließ sich laufend von Mitarbeitern informieren und nahm auch vereinzelt selbst an den Sitzungen teil. Am 7. August 1946 stellte er im Verfassungsausschuss der Verfassunggebenden Landesversammlung als weitere amerikanische Sonderberater in der Frage der Landesverfassung und ständige Ansprechpartner für die bayerische Seite Albert C. Schweizer und John P. Bradford von der Civil Administration Division der amerikanischen Militärregierung in Bayern vor. „Wir stehen ihnen jederzeit zur Verfügung und würden gern von Zeit zu Zeit zwanglos mit ihnen zusammenkommen. Wir beabsichtigen nicht, an irgendwelchen Sitzungen ihrer Ausschüsse oder der Verfassunggebenden Landesversammlung selbst teilzunehmen, aber wir hoffen, dass

die Fraktionsführer und die Mitglieder des Verfassungsausschusses ihre Probleme frei und ungezwungen mit uns besprechen werden.“

Die bei der Entstehung der Bayerischen Verfassung von den Amerikanern praktizierte Methode, durch Hintergrundgespräche, Anregungen und Empfehlungen bei gleichzeitig deutlicher Sprache entscheidenden Einfluss zu nehmen, kennzeichnet bis 1949 auch das Verhältnis von OMGBY und bayerischer Gesetzgebung.

Insgesamt gesehen ist die Bayerische Verfassung von 1946 ein Gemeinschaftswerk von Lucius D. Clay, amerikanischen Militärregierungsstellen (OMGUS, OMGBY), Washingtoner Ministerien und den bayerischen Politikern in den verschiedenen vorbereitenden und verfassunggebenden Gremien, wobei Wilhelm Hoegner aus verschiedenen Gründen eine besondere Rolle zugebilligt werden muss.

Verfassungsentstehung in Bayern: Die konkreten Abläufe

Der zeitliche Ablauf der konkreten Verfassunggebung in Bayern ist rasch erzählt. Der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, von den Amerikanern Ende September 1945 zum „Minister President of the State of Bavaria“ ernannt, war bereits vorinformiert, als er am 8. Februar 1946 den offiziellen Auftrag erhielt, „eine Kommission für die Ausarbeitung einer bayerischen Verfassung in Vorschlag zu bringen“. In dem neunköpfigen Gremium, dem Vertreter der SPD, der CSU und der KPD angehörten, übernahm er selbst den Vorsitz. Der renommierte Staatsrechtler Hans Nawiasky, mit dem Hoegner

im Schweizer Asyl Gespräche über die Verfassungszukunft Bayerns und Deutschlands geführt hatte, wurde als Sachverständiger beigezogen.

Es ging weit über die Vorstellungen der Amerikaner hinaus, dass Hoegner diesem Vorbereitenden Verfassungsausschuss bereits bei der konstituierenden Sitzung den „Entwurf einer Verfassung des Volksstaates Bayern“ vorlegte. Vorarbeiten aus dem Schweizer Asyl erweiterte Hoegner in kurzer Zeit zu einem Text, der in Umrissen bereits die endgültige Verfassung in Form und Inhalt erkennen ließ. Diese Präjudizierung der nun folgenden Beratungen ist ein wesentlicher Grund für den starken Anteil bayerischer und deutscher Verfassungsvorstellungen, die sich an der Weimarer und der Bamberger Verfassung orientierten, wobei man deren als Fehler oder Demokratiegefährdung bewertete Regelungen vermeiden wollte. Die amerikanischen Einflüsse wurden dadurch in erheblichem Umfang zu Korrekturen, Modifikationen, Streichungen und Ergänzungen. Ein wenig erinnert dieses „Vorpreschen“ Hoegners an die Eile Maximilian von Montgelas bei der Erarbeitung der bayerischen Konstitution von 1808 zur Abwehr von zu starken Vorgaben und Eingriffen Napoleons.

Das Ergebnis der Arbeit des Vorbereitenden Verfassungsausschusses ging in der zweiten Maihälfte an die Militärregierung und wurde bei OMGUS von dem erwähnten „Interdivisional Committee on German Governmental Structure“ geprüft. Ergebnis war eine Denkschrift zu den Verfassungsentwürfen von Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden, die dann bei den Beratungen der Verfassungsgebenden Landesversammlung zum Grundlagenmaterial gehörte.

Die bayerische Verfassungsgebende Landesversammlung, Ergebnis der ersten landesweiten demokratischen Wahlen am 30. Juni 1946, hatte zwar

eine parteipolitische Zusammensetzung mit eindeutigen Mehrheitsverhältnissen (CSU 109, SPD 51, KPD 9, Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung/WAV 8 und FDP 3 Sitze), aber diese hatten keine größere Bedeutung für die vornehmlich konsensorientierten Verfassungsberatungen. Der ständige Blick auf die Besatzungsmacht hat dieses typische politische Nachkriegsverhalten erkennbar gestärkt.

Die eigentliche Arbeit leistete der aus 21 Mitgliedern bestehende Verfassungsausschuss der Verfassungsgebenden Landesversammlung, in dem vor allem Wilhelm Hoegner und die CSU-Abgeordneten Hans Ehard, Alois Hundhammer und Michael Horlacher für Kompromissformeln und Einmütigkeit sorgten. Der Ausschuss legte der Landesversammlung einen „Entwurf einer Bayerischen Verfassung“ sowie einen ergänzenden Bericht vor, in dem die wichtigsten strittigen Fragen – das Amt eines Staatspräsidenten und der Wunsch nach einer Zweiten Kammer, einem Senat – thematisiert wurden. Am 26. Oktober 1946 nahm die Landesversammlung den Entwurf an, nachdem Lucius D. Clay bereits am 24. Oktober seine Zustimmung erteilt hatte, allerdings verbunden mit einer eindeutigen Interpretation des Artikels 178. Der Beitritt Bayerns zu einem zukünftigen deutschen Bundesstaat sei nicht fakultativ, sondern obligatorisch. Dieser deutliche und harte Eingriff Clays ist eines der ganz wenigen Beispiele direkter und kompromissloser amerikanischer Einflussnahme und eine direkte Folge der US-Deutschlandpolitik.

Am 1. Dezember 1946 konnte die bayerische Bevölkerung über den Verfassungsentwurf abstimmen und zugleich den ersten Nachkriegslandtag wählen. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 76 % stimmten 70 % für die neue Verfassung, die Hoegner am Tag darauf ausfertigte und die schließlich am 8. Dezember in Kraft trat. Lucius

D. Clays Zeitvorstellungen hatten sich in vollem Umfang erfüllt.

Die konkrete amerikanische Einflussnahme (Einzelbeispiele)

Die Vorgaben der Militärregierung für den Verfassungsinhalt hielten sich zunächst in engen Grenzen. Die Verfassung sollte einen Grundrechtskatalog und einen weitgehenden Schutz der Grundrechte enthalten. Hier war der amerikanische Druck erheblich und nicht ohne Grund ist in der Forschung festgestellt worden, dass erst die Militärregierung den bayerischen



Stimmabgabe bei Wahlen 1946 in München. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 76 % stimmten am 1. Dezember 1946 in einer Volksabstimmung 70 % der Wählerinnen und Wähler für die Annahme der neuen Bayerischen Verfassung.

Verfassungspolitikern ein modernes Grundrechtsverständnis vermittelt hat. Am 22. Oktober 1946 berichtete Hoegner von einem Gespräch mit Roger H. Wells: „Er hat uns dargelegt, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika die Ausnahmen von den Grundrechten durch den höchsten Gerichtshof im Laufe der Zeit geschaffen und umgrenzt worden sind. Mr. Wells hat anerkannt, dass wir selbstverständlich nicht auf eine Entwicklung des Verfassungslebens von 150 Jahren zurückblicken können.“

Der dezidierte Schutz der Grundrechte und die Einführung des in Deutschland und Europa einmaligen Jedermannsrecht der Popularklage vor dem bayerischen Verfassungsgerichtshof haben kräftige amerikanische Wurzeln.

Die zweite „rote Linie“, die den Spielraum der Verfassungsgebenden Landesversammlung einschränkte, war der amerikanische Wunsch, die Verfassung solle Regelungen enthalten, die die Übertragung von Hoheitsrechten auf „gesamtdeutsche“ Institutionen ermöglichten. Allen fundamental-föderalistischen oder separatistischen bayerischen Vorstellungen war damit der Boden entzogen. Und das in einer politischen Gesamtsituation, in der man in Bayern intensiv über staatliche Souveränität und Selbstständigkeit nachdachte. In der letzten Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung wurde ein Brief General Clays verlesen, der apodiktisch jede Art von Partikularismus oder Separatismus ausschloss und ausdrücklich formulierte, dass der in die Verfassung (Art. 178) aufgenommene bayerische Wille, einem zukünftigen deutschen Bundesstaat beizutreten nicht als Recht, sondern als alternativlose Pflicht zu verstehen sei. An dieser Stelle können nicht die zahlreichen amerikanischen Interventionen zu einzelnen Verfassungsartikeln angesprochen oder alle Streichungen – etwa der Bestimmungen über die Planwirtschaft, die staatliche Überwachung des Geld- und Kreditwesens und des Außenhandels – im Detail erläutert werden. Wichtig war den Amerikanern die Garantie der örtlichen Selbstverwaltung, die politische Neutralität der Beamten, die Festlegung ihrer Leistungen durch Prüfungen im Wege des Wettbewerbs sowie das Bekenntnis zum „demokratisch-konstitutionellen Staat“. „Moniert wurden u. a. die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts bei der Normenkon-

trolle, der Ausschluss der Öffentlichkeit bei Landtagsverhandlungen, der nicht an Bedingungen geknüpft war, sowie die Zwangsmitgliedschaft in kulturellen Körperschaften, Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft und Organisationen der Verbraucher und Erzeuger.“ Das Notstandsrecht wurde befristet, die Verpflichtung der Presse zu sachlicher Berichterstattung gestrichen – „darin hatte die Militärregierung einen Ansatzpunkt für Pressezensur gesehen – und bei der Wahl der Senatoren (wurde) die Formel ‚nach demokratischen Grundsätzen‘ ergänzt.“ (Karl-Ulrich Gelberg). In Artikel 184 musste ein Vorrang für die Entnazifizierungsgesetze der unmittelbaren Nachkriegszeit normiert werden: „Die Gültigkeit von Gesetzen, die gegen Nationalsozialismus und Militarismus gerichtet sind oder ihre Folgen beseitigen wollen, wird durch diese Verfassung nicht berührt oder beschränkt.“ Bleibt das zusammenfassende Urteil eines nicht unerheblichen amerikanischen Einflusses auf den materiellen Inhalt der Bayerischen Verfassung, als deren Orientierungsmuster also keineswegs nur die Weimarer und die Bamberger Verfassung sowie von Hoegner und Nawiaskey in der Schweiz gewonnene Einsichten und Erfahrungen gesehen werden dürfen. Auffallend bei den Interventionen ist der Eindruck, dass Vorgaben, die von Lucius D. Clay persönlich kamen, unverzüglich umgesetzt worden sind. In den anderen Fällen scheint es gewisse Spielräume bei der Erörterung gegeben zu haben.

Amerika und die Wiedererrichtung der Demokratie *in Bayern (1945-1952): Der größere Rahmen

Der Einfluss der Amerikaner auf die Entstehung und die Formulierung der Bayerischen Verfassung 1946 war lediglich ein Teilbereich der Bemühungen der Militärregierung um



Lieutenant John D. Skilton (1909-1992), beim Holzankauf um das beschädigte Dach der Residenz in Würzburg abzusichern und die Tiepolo-Fresken dort zu retten. Der US-Offizier war einer der „Monument Man“ – im gleichnamigen Film blieb der Kunsthistoriker 2014 allerdings unerwähnt.

Demokratisierung, demokratische Erneuerung, rechtsstaatlichen Wiederaufbau, „reorientation toward democracy and peace“, war ein Segment im weiten Feld der amerikanischen Politik- und Kulturoffensive in den Jahren unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Wichtige Wurzeln dieser Offensive reichen bis in die Zeit der Vorbereitung und Schulung des Militärregierungspersonals zurück. Schon im Mai 1942 begann die neue School of Military Government in Charlottesville (Virginia) mit ihrem Schulungsprogramm. Thomas Schlemmer hat mit Blick auf Bayern zusammenfassend festgestellt: „Die Qualität des in den USA ausgebildeten Militärregierungspersonals, auf dessen Auswahl die zuständigen Rekrutierungsbüros der Army einige Sorgfalt verwendet hatten, war erstaunlich hoch.“

Im Rahmen der vorliegenden, auf die Verfassungsgebung zielenden Ausführungen kann auf das umfassende Spektrum der amerikanischen Initiativen und Projekte nur kurz hingewiesen werden. Es reicht von den Aktivitäten der Kunstschutzoffiziere in der kämpfenden Truppe, beispielsweise dem Retter der Tiepolo-Fresken in der Würzburger Residenz John D. Skilton, bis zu den vielfältigen Aktivitäten der Kreis Resident Officers (1949-1952), die Thomas Schlemmer als McCloy's Botschafter in der Pro-

vinz bezeichnet hat; er reicht von der zunächst mit strengen Auflagen und Kontrollen verbundenen Zulassung politischer Parteien über die Lizenzierung der Presse bis zu den nicht sehr erfolgreichen Versuchen, traditionelle Strukturen im Bildungsbereich, in der Handwerksorganisation oder im öffentlichen Dienst zu verändern, zu modernisieren. Ganz im Vordergrund standen zunächst die politische Säuberung und Entnazifizierung, deren Bilanz zwar zwiespältig ist, die aber dennoch einen unverzichtbaren Beitrag zu einer demokratischen Erneuerung geleistet haben. Vieles muss hier ungesagt bleiben, aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass man in der Verfassungsinitiative und der Verfassungsförderung die Highlights der amerikanischen Demokratisierungspolitik nach 1945 in Bayern und Deutschland sehen darf.

Literaturhinweise

Barbara Fait: „In einer Atmosphäre von Freiheit“. Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 420-455.

Barbara Fait: Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassunggebung in Bayern 1946, Düsseldorf 1998.

Karl-Ulrich Gelberg: Unter amerikanischer Besatzung 1945-1949, in: Alois Schmid (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte Band IV/Erster Teilband, Zweite, völlig neu bearbeitete Auflage, München 2003, S. 646-802.

Karl-Ulrich Gelberg: Die Protokolle des Vorbereitenden Verfassungsausschusses in Bayern, München 2004.

Reinhard Heydenreuter: Office of Military Government for Bavaria, in: Christoph Weisz (Hrsg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, S. 143-315.

Wilhelm Hoegner: Besatzungsmacht und bayerische Verfassung von 1946. Zum zehnjährigen Bestehen der bayerischen Verfassung, in: Bayerische Verwaltungsblätter 1956, S. 353-354.

Maximilian Lanzinner: Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945-1958, Regensburg 1996.

Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hg.): Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland, München und Landsberg am Lech 1996. In diesem Sammelband vor allem: Thomas Schlemmer: Der Amerikaner in Bayern. Militärregierung und Demokratisierung nach 1945, S. 67-99.

Hermann Rumschöttel: Stationen, Verbindungen und Weichenstellungen der bayerischen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Horst Gehringer u. a. (Hrsg.): Demokratie in Bayern. Die Bamberger Verfassung von 1919, Bamberg 2019, S. 19-35.

Hermann-Josef Rupieper: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Opladen 1993.

Thomas Schlemmer: McCloy's Botschafter in der Provinz. Die Demokratisierungsbemühungen der amerikanischen Kreis Resident Officers 1949-1952, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 265-297.

Annette Zimmer: Demokratiegründung und Verfassunggebung in Bayern. Die Entstehung der Verfassung des Freistaates Bayern von 1946, Frankfurt a. M. 1987

Vorausschauen ist vorausgedacht!

TÜV Saarland Geprüfte Datensicherheit
TÜV Rheinland Management System ISO 9001:2015
TÜV Rheinland Servicequalität
Kundentest Gesamtbewertung 4,9/5 Sterne

Nur mit rechtskonformen Vollmachten werden Ihre Wünsche umgesetzt und Ihre Familie nachhaltig entlastet.

Wir klären Sie über die Auswirkungen fehlender rechtlicher Vorsorge auf und zeigen Ihnen, wie Sie einfach, preiswert und rechtskonform eine Vorsorgevollmacht inkl. Unterneh-

mervollmacht, Betreuungs- und Patientenverfügung über kooperierende Rechtsanwälte erstellen lassen können.

Ein TÜV-zertifizierter 18-Punkte Service inkl. 24/7 Notfall-Hotline und aktivem Notfallmanagement sorgt für dauerhafte Sicherheit für Sie & Ihre Familie.

Kontaktieren Sie uns gerne für ein kostenloses Informationsgespräch:

Marco Becker

Rosenheimer Landstr. 107, 85521 Ottobrunn

Tel: 089/30708577

E-Mail: m.becker@allfinanz.ag

Web: lp.juradirekt.com/juradirekt/bayernbund

Selbstständiger Kooperationspartner der JURA DIREKT GmbH

Kostenlose Informationen warten auf Sie:

lp.juradirekt.com/juradirekt/bayernbund



JURADIREKT

Vollmachten, Testament und 24 Std. Notfall-Hilfe

Leserbrief zur Berichterstattung über die „Umbenennung Ludwig-Thoma-Straße bzw. Ludwig-Thoma-Grundschule“ in Traunstein

Mit der Ankunft im beschaulichen Traunstein hat die von amerikanischen Universitäten ausgehende Bewegung der sog. „Cancel-Culture“ ihren weltumspannenden Siegeszug endgültig vollendet.

Alles was im Entferntesten irgendwas mit Patriotismus, Kolonialismus, Homophobie oder Sexismus zu tun haben könnte, Betonung liegt auf haben könnte, wird „gecancelled“, gestrichen, ausradiert. Widerspruch wird nicht geduldet.

Nach der „Mohrenstraße“ in Berlin ist jetzt die „Ludwig-Thoma-Straße“ in Traunstein dran.

Ziemlich genau 100 Jahre nach dem Tode des von 1890 bis 1893 in Traunstein als Rechtspraktikant gelebt habenden Ludwig Thoma hat die Stadtheimatspflegerin der Großen Kreisstadt „braune Flecken“ auf dem bisher makellosen „weiß-blauen“ Kleid des hoch verehrten Heimatdichters entdeckt. Eine Expertenkommission soll sich des Themas annehmen

und der Oberbürgermeister verspricht hoch und heilig, dass diese „wichtige Diskussion“ keinesfalls heimlich in irgendwelchen Hinterzimmern geführt wird. Ich bin mir ziemlich sicher, dass diese „wichtige Diskussion“ bei der weit überwiegenden Mehrheit der Bürgerschaft auf wenig Interesse stößt und im besten Fall kopfschüttelnd zur Kenntnis genommen wird. Nur eine kleine Minderheit stößt sich an der „Ludwig-Thoma-Straße“. In diesem Zusammenhang sei mir die Frage erlaubt, ob wir angesichts der nicht enden wollenden Corona-Pandemie mit ihren enormen gesellschaftlichen und die Existenzen vieler Menschen bedrohenden Kollateralschäden wirklich keine anderen Sorgen und Probleme haben. Der kränkelnde, aufgrund persönlicher Schicksalsschläge verbitterte und noch unter dem Eindruck der „Münchner Räterepublik“ stehende Ludwig Thoma hat in der schwierigen, von wirtschaftlichen Nöten und Umbrüchen gekennzeichneten Zeit nach dem 1. Weltkrieg



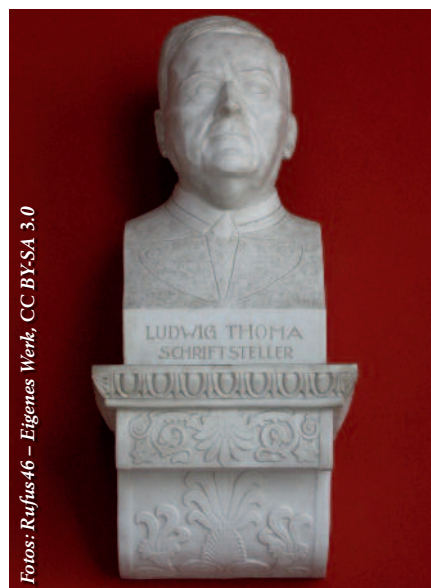
Portrait von Ludwig Thoma von Karl Klimsch, vmtl. 1909.

antisemitische Artikel im Miesbacher Anzeiger geschrieben. Dass er damit der Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen sein soll ist mehr als gewagt. Auf alle Fälle klebt, im Gegensatz zu heute immer noch hoch verehrten Ikonen des Kommunismus, kein Blut an seinen Fingern. Für ihn ist mit dem Untergang des Königreiches Bayern eine Welt zusammengebrochen, die seine Welt war. In solchen krisenhaften Umbruchszeiten haben Verschwörungstheorien Hochkonjunktur. Jede Person ist im Kontext seiner Zeit zu sehen, dies gilt auch für Ludwig Thoma. Als Kreisvorsitzender des Bayernbundes, eines überparteilichen Zusammenschlusses zum Erhalt von Sprache und Brauchtum, stelle ich mir die bange Frage, ob künftig in Schulen oder Familien noch die „Hl. Nacht“, die ja zu so etwas wie einem altbayerischen Kulturgut geworden ist, noch gelesen werden darf. Wehret den Anfängen.

Dr. Franz-Xaver Heigenhauser
Bachmayerstr. 1, 83278 Traunstein



Skulptur im Kurpark Rottach-Egern.



Büste in der Ruhmeshalle in München.

Kommentar

Ludwig Thoma und seine Ambivalenz

Über den Leserbrief von Dr. Franz Heigenhauser hat beim Bayernbund die Frage aufgeschlagen, wie er es mit Ludwig Thoma hält. Der Literat, der die „Heilige Nacht“, den „Münchner im Himmel“ und die „Lausbuben Geschichten“ verfasst hat, ist fest im Bewusstsein des bayerischen Volkes verankert.

Andererseits ist aber auch publik geworden, dass er im Miesbacher Anzeiger in den letzten Monaten seines Lebens 175 größtenteils anonyme und antisemitische Hetzartikel vor allem gegen Berlin und die Sozialdemokratie veröffentlicht hat.

Thoma galt in seiner Zeit als Redaktionsleiter des „Simplicissimus“ in den Jahren ab 1899 als eher linksliberal mit seiner Kritik an Gesellschaft, Kirche und Staat. Die allgemeine Kriegsbegeisterung vor dem 1. Weltkrieg veranlasste ihn aber dennoch, sich freiwillig zu melden und mit einer bayerischen Division 1915 als Sanitäter an die Ostfront zu gehen.

Er erkrankte schwer an Ruhr und wurde felddienstuntauglich. In den

folgenden Jahren war er nicht nur als Literat sehr aktiv, sondern schloss sich auch der Vaterlandspartei an.

Der Münchner Autor Martin A. Klaus hat sich lange mit dem Leben Thomas befasst und vertritt die Meinung, dass der spätere Antisemitismus von Thoma bereits früh angelegt war und während seiner Zeit beim „Simplicissimus“ nur verdrängt wurde. Er empfiehlt aber den Lesern auch ausdrücklich den Roman „Ruepp“ und die „Reden des Kaisers“, in denen Thoma Kaiser Wilhelm II. als Persönlichkeit brillant zerlegt.

Möglicherweise waren es aber auch die Kriegserfahrungen, die Thoma in seiner letzten Zeit zum Autor der Hetzartikel machten.

Es ist nur schwer vorstellbar, dass die „Heilige Nacht“ und die Hetzbriefe aus der gleichen Feder stammen. Der Antisemitismus von Thoma muss thematisiert werden. Seine letzten Lebensjahre sollten aber vor dem Hintergrund seiner persönlichen Situation gewürdigt werden und erfordern einen kritischen und differenzierten Umgang mit seinem Werk.



Grabstätte Ludwig Thoma

Ob Ludwig Thoma weiter als Namensgeber für Schulen und Straßen dienen kann, wird die lokale Politik entscheiden. Das Mindeste wäre eine Kontextualisierung, also ein erklärender Begleittext. Fritz Lutzenberger ■

Termine

04.05.22, 15:00 Uhr

Sitzung Landesvorstand mit
Kreisvorsitzenden in Aying

13.07.22, 15:00 Uhr

Sitzung Landesvorstand mit
Kreisvorsitzenden in Aying

19.09.22, 16:00 Uhr

Sitzung Landesvorstand mit
Kreisvorsitzenden in München

08.10.22, 10:00 Uhr/14:00 Uhr

Landesversammlung 2022 in
Abensberg

16.12.21, 15:00 Uhr

Sitzung Landesvorstand mit
Kreisvorsitzenden in Aying

Zu allen Terminen erfolgen
persönliche Einladungen.

Redaktionsschluss Abgabe WBR 3/22: 6. Juni 2022

Weitere Termine: 6.8.2022, 6.10.2022, 1.12.2022

Bayerische Gedenkorte in Rom

Mehrere Orte halten in Rom die Erinnerung an Bayern und seine regierende Dynastie wach. Wohl am bekanntesten ist die Karmelitenkirche Santa Maria della Vittoria in der Nähe des Quirinal, wo in der Frühen Neuzeit häufig die Päpste residierten. Im 17. und 18. Jahrhundert erfüllte sie die Funktion einer bayerischen Nationalkirche in Rom. Bis zu einem Brand 1833 bewahrte sie das Gnadenbild, mit dem P. Dominik a Jesu Maria (1559–1630) die bayerischen und kaiserlichen Truppen bei der Schlacht am Weißen Berg vor Prag am 8. November 1620 gesegnet hatte. Herzog Maximilian von Bayern (1573–1651), sein Vater Wilhelm V. und seine Ehefrau Renate stifteten großzügig für die Ausstattung der Kirche. Die bayerischen Botschafter am Hl. Stuhl aus den Familien Crivelli und Scarlatti ließen hier zu besonderen Anlässen im Herrscherhaus wie Taufen, Hochzeiten oder Sterbefällen die Kirche mit barocken Schauarchitekturen ausstatten, die auch von den Päpsten besucht wurden.



Prälat Dr. Hans-Peter Fischer und Prof. Dr. Dieter Weiß am Grab des Prinzen Georg von Bayern

Auch ein bayerischer Prinz fand hier seine letzte Ruhestätte. Philipp Moritz Maria Dominik Joseph von Bayern (1698–1719) wurde am 5. August 1698 in Brüssel als Sohn des Kurfürsten Max Emanuel (1662–1726), der damals als Statthalter der spanischen Niederlande fungierte, und dessen zweiter Gemahlin Therese Kunigunde von Polen geboren. Im Januar 1717 kam er mit seinem Bruder Clemens August (1700–1761) zu einem Studienaufenthalt nach Rom. In Abwesenheit wählten ihn am 14. und am 21. März 1719 die Domkapitel von Paderborn und Münster zum Fürstbischof. Allerdings war er zu diesem Zeitpunkt bereits in Rom verstorben. Anfang März 1719 hatte ihn eine heftige Krankheit befallen, meist geht man von Masern aus, am 12. März erlag er nach kurzem Leiden einem Schlaganfall.

Herzog Philipp Moritz von Bayern, posthum erwählter Bischof von Paderborn und Münster, wurde darauf in Santa Maria della Vittoria bestattet. Zuvor waren seine Intestina entnommen und der römischen Pfarrkirche SS. Apostoli übergeben und das Herz wohl auf den Weg nach München und Altötting gebracht worden. Den Großteil der Kosten für die Bestattung übernahm Papst Clemens XI. (1700–1721). Das Grabmal ging bei dem Brand von 1833 verloren, heute erinnert ein von König Ludwig I. von Bayern gestifteter Gedenkstein an den Wittelsbacher.

Zwei Grabstätten von Fürstinnen, die ebenfalls aufs engste mit der bayerischen Geschichte verbunden sind, befinden sich in Rom. Papst Urban VIII. (1623–1644) ließ die Gebeine der Markgräfin Mathilde von Canossa (um 1046–1115) in den Petersdom



Portrait Prälat Prinz Georg von Bayern, von Hermann Eissfeldt (1875–1929).

überführen und ihr ein Grabdenkmal aufrichten. Als Gemahlin Welfs V. (1073–1120), der ab 1101 Herzog von Bayern war, mit dem sie in freilich unglücklicher Ehe verbunden war, war sie eigentlich auch Herzogin von Bayern, doch hatte sich das Paar schon früher getrennt.



Grabstein Kronprinzessin Antonia von Bayern, in S. Maria in Domnica (La Navicella).

Und auch Bayerns letzte Kronprinzessin Antonia (1899–1954) fand ihre letzte Ruhe in Rom. Am 7. April 1921 hatte Prinzessin Antonia von Luxemburg in Lenggries Kronprinz Rupprecht von Bayern (1869–1955) geheiratet. Tragischerweise geriet sie wie der Großteil ihrer Familie nach dem Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 in ihrem italienischen Exil in die Hände der Gestapo und wäre fast an den Folgen der grausamen Inhaftierung in verschiedenen Konzentrationslagern verstorben. Nach ihrer Genesung wollte sie deutschen Boden nicht mehr betreten und lebte vorwiegend in der Schweiz und Italien. Sie erholte sich nie mehr völlig und starb



Portrait Herzog Philipp Moritz von Bayern, von Joseph Vivien (1657–1735).

am 31. Juli 1954 in Lenzerheide in Graubünden. Sie wollte in Rom begraben werden. Kronprinzessin Antonia von Bayern fand ihre letzte Ruhe in der Kirche S. Maria in Domnica (La Navicella) auf dem Monte Celio. Am 13. November 1954 wurde die Urne mit ihrem Herzen in der Gnadenkapelle von Altötting aufgestellt. Es war die letzte Herzbestattung an diesem Ort und im Hause Bayern.

Auch am Campo Santo Teutonico bei der Vatikanstadt findet sich das Grab eines Wittelsbachers, des Prinzen Georg von Bayern (1880–1943). Hier veranstaltete das Institut für Bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München gemeinsam mit dem Römischen Institut der Görres-Gesellschaft vom 23. bis zum 26. Februar 2022 das Colloquium „Gedenken ohne Grenzen. Vormoderne Memorialkulturen zwischen Bayern und Italien“, über das in

einer der nächsten Ausgaben noch näher zu berichten sein wird. Als Ausdruck einer lebendigen Gedenkkultur legte Prof. Dr. Dieter Weiß dabei im Namen Seiner Königlichen Hoheit Herzog Franz von Bayern einen Lorbeerkrantz nieder und würdigte das Andenken des Prinzen, der als Mitglied des Domkapitels von St. Peter hier beigesetzt worden war.

Prinz Georg von Bayern wurde am 2. April 1880 als Sohn des Prinzen Leopold von Bayern (1846–1930) und dessen Ehefrau Erzherzogin Gisela (1856–1932), einer Tochter Kaiser Franz Josephs I. von Österreich und Kaiserin Elisabeths, in München geboren. Er durchlief die für einen Prinzen seiner Zeit übliche akademische Ausbildung und militärische Laufbahn. Im Ersten Weltkrieg diente er zunächst an der Westfront als Kommandeur des bayerischen Automobilkorps beim Kronprinzen Rupprecht. Er kam auch an der Ostfront zum Einsatz und wirkte als Nachrichtenoffizier, zeitweilig war er in Jerusalem und Istanbul als Verbindungs-offizier stationiert.

Nach Kriegsende studierte er in Innsbruck Theologie und wurde bereits 1921 in Ettal zum Priester geweiht. Darauf setzte er in Rom seine Studien zum Kirchenrecht fort. Papst Pius XI. (1922–1939) ernannte ihn zum Päpstlichen Hausprälaten, 1930 wurde er in das Domkapitel von St. Peter aufgenommen, Pius XII. (1939–1958) verlieh ihm den Titel eines Apostolischen Protonotars. Kronprinz Rupprecht diente er als ein Verbindungsmann in den Vatikan, er engagierte sich für die Selig- und Heiligsprechung des Kapuziners Bruder Konrad von Parzam (1818–1894). Der Wittelsbacher gehörte der „Erzbruderschaft zur schmerzhaften Muttergottes der Deutschen und Flamen“ am Campo Santo Teutonico an. Mitten im Krieg verstarb am 2. Juni 1943, eventuell hatte er sich bei der Kran-

kenpflege mit Tuberkulose angesteckt. Sein Erbe vermachte er dem Domkapitel von St. Peter, um damit neue Bronzetore für die Kathedrale zu finanzieren. Daraus entstanden das Tor des Todes und das Tor der Sakramente.

Im Anschluss an die feierliche Kranzniederlegung segnete der Rektor des Priesterkollegs am Campo Santo Teutonico, Prälat Dr. Hans-Peter Fischer, den Kranz und das Grab am Eingang zur Kirche Santa Maria della



Die Kranzträger Dominik Berger, 2. Bürgermeister von Haag an der Amper, und Markus Böck, Moosburg

Pietà. Nach einem abschließenden Gebet endete die Gedenkveranstaltung mit dem Gesang der Bayernhymne.

Michael Hetz / D.W. ■



Santa Maria della Vittoria, Innenraum.



Die Tagungsteilnehmer.

Zum Titelfoto

Das Erhabene

Christof Paulus beschreibt in seiner kulturgeschichtlichen Ausleuchtung „Bayerns Zeiten“ den Begriff des Erhabenen, der heute viel von seiner ästhetischen Aufladung, die ihm vor



Die Basilika St. Michael entstand zwischen 1180 und 1220 als Pfarrkirche der später Altenstadt genannten Ursiedlung von Schongau in Oberbayern. Der spät-romanische Tuffsteinbau ist nahezu vollständig in seiner hochmittelalterlichen Gestalt erhalten oder wiederhergestellt.

allem das 18. Jahrhundert mit Kant, Burke oder Schiller als Komplementärbegriff und oft beim Anblick gewaltiger – bezüglich einer gewissen furchtbaren Größe – Natur, wie sie im Seesturm, im Gebirge, im Gewitter sichtbar wird, gegeben hat, verloren hat.

Bei einem Besuch der Kirche in Altenstadt mit einer der eindrucksvollsten Christusfiguren, dem „Großen Gott von Altenstadt“ mögen diese Gedanken exemplarisch vertieft werden.

[...]

Die um 1200 entstandene romanische Kreuzigungsgruppe steht auf dem Lettnerbalken, der Abtrennung zwischen Langhaus und Chorraum. Die Christusfigur misst 3,20 Meter, ihr assistieren Maria und der Apostel Johannes. Christus wird als himmlischer König gezeigt, die Augen geöffnet, als Sieger über Tod und Hölle. Er triumphiert, trägt Goldreif anstelle der Dornenkrone und seine weit ausgreifenden Arme umfassen die Welt. In der Vertikalen verbindet Christus Himmel und Erde. Er neigt das Haupt leicht nach vorne, zu den Menschen gewandt. Die Kunstgeschichte konnte über Details wie die Fältelung des Leinentuchs, das Christus trägt, wahrscheinlich machen, dass auch hier italienische Einflüsse vorliegen – die Spur führt dieses Mal nach Arezzo.



Der Große Gott von Altenstadt

**Die Erhabenheit Christi,
auch des Gekreuzigten, bleibt
unerreichbar**

(entnommen aus Christof Paulus, Bayerns Zeiten, 2021 Verlag Friedrich Pustet, Regensburg ISBN 978-3-7917-3278-7. Christof Paulus, geb. 1974, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Haus der Bayerischen Geschichte und außerplanmäßiger Professor für Mittelalterliche Geschichte und Landesgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.)

Bayerischer Verdienstorden für besonders verdiente Persönlichkeiten

Der Bayerische Verdienstorden ist nach dem Bayerischen Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst der zweithöchste Orden des Freistaates Bayern und wird seit 1957 jedes Jahr als Zeichen ehrender und dankbarer Anerkennung für hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk vom Ministerpräsidenten verliehen. Er symbolisiert den herausragenden

Einsatz und das außerordentliche Engagement der Bürger im Freistaat für das Gemeinwesen. Die Zahl der Ordensinhaber soll 2.000 nicht überschreiten. Die Geschichte des Verdienstordens kann nachgelesen werden unter <http://www.bayerischer-verdienstorden.de>.

Bei der Verleihung 2022 an 50 verdiente Persönlichkeiten in der Resi-



Anneliese Göller
Anneliese Göller ist seit 2007 Bezirksbäuerin von Oberfranken und seit 2012 Landesbäuerin der Landfrauengruppe des Bayerischen Bauernverbandes. In diesen Ämtern setzt sie sich unermüdlich für Frauen auf dem Land und für die Belange der bäuerlichen Familienbetriebe ein, aber auch für die Wertschätzung der Landwirtschaft in unserer Gesellschaft.

Flurbereinigung

Wissen Sie, was die Flurbereinigung ist? Nein. Dann schauen wir das Gesetz- und Verordnungsblatt des Königreiches Bayern vom 7.6.1886 an. Dort erließ König Ludwig II. das Flurbereinigungsgesetz.

Es war das letzte Gesetz, das er unterschrieb (Linderhof, 29. Mai 1886), denn am 9.6.1886 wurde er entmündigt, am 10 Juni wurde die Regentschaft öffentlich proklamiert. Bereits am 13.6.1886 starb er im Starnberger See bei Schloss Berg.

Das Gesetz über die Flurbereinigung hat eine Legalinterpretation in Artikel 1. Dieser lautet wie folgt:

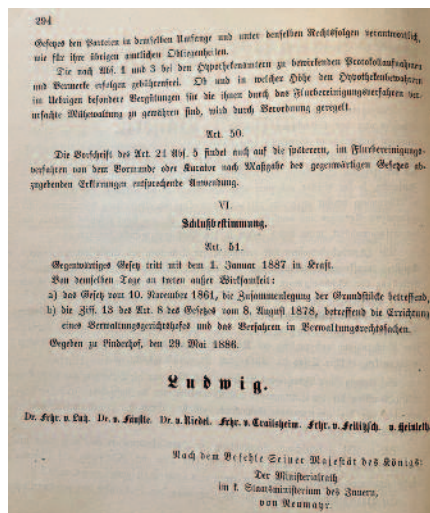
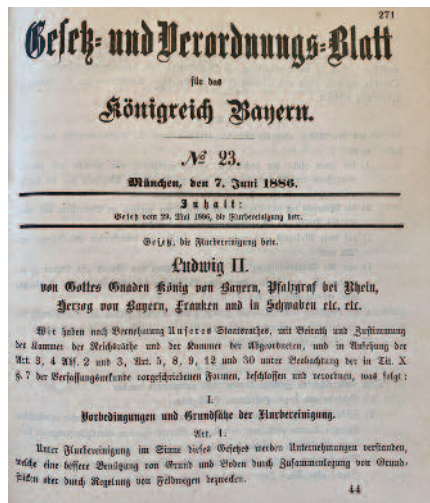
I.

Vorbedingungen und Grundsätze der Flurbereinigung.

Unter Flurbereinigung im Sinne dieses Gesetzes werden Unternehmungen verstanden, welche eine bessere Benützung von Grund und Boden durch Zusammenlegung von Grundstücken oder durch Regelung von Feldwegen bezwecken.



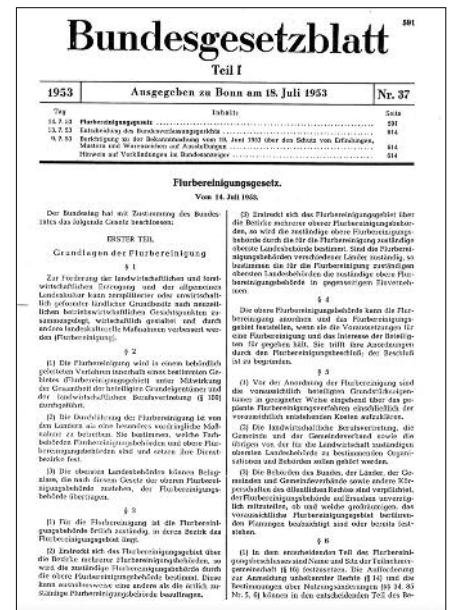
Äbtissin Johanna Mayer OSB
Äbtissin Johanna Mayer leitet seit 2006 die traditionsreiche Benediktinerinnen-Abtei Frauenwörth auf Frauenchiemsee. Ihren Wahlspruch „Gott ist die Liebe“ lebt Äbtissin Johanna Mayer gemeinsam mit ihren Mitschwestern in den seelsorglichen Aufgaben auf der Insel und weit darüber hinaus. Das Kloster ist unter ihrer Führung ein wichtiger Anlaufpunkt für



1953 wurde der Begriff „Flurbereinigung“ vom Bundesgesetzgeber übernommen und genauer definiert. Er lautete in dieser Zeit:

Gläubige und Touristen auf der Suche nach Ruhe, Einkehr oder Bildungsangeboten und kulturelle Institution in der ganzen Region.

denz sprach Ministerpräsident Dr. Markus Söder von einem Signal der Hoffnung in schweren Zeiten. Mit dem Bayernbund besonders verbunden sind Landesbäuerin Anneliese Göllner als Mitglied des Landesbeirates und die Äbtissin der Benediktinerinnen-Abtei Frauenwörth, Johanna Mayer OSB. Der Landesvorstand des Bayernbundes gratuliert den beiden Ausgezeichneten sehr herzlich!



Flurbereinigungsgesetz Vom 14. Juli 1953

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

1. Teil

Grundlagen der Flurbereinigung

§ 1: Zur Förderung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Erzeugung und der allgemeinen Landeskultur kann zersplitterter oder unwirtschaftlich geformter ländlicher Grundbesitz nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengelegt, wirtschaftlich gestaltet und durch andere landeskulturelle Maßnahmen verbessert werden (Flurbereinigung).

Ludwigs II. letztes Gesetz hatte seine Wirkung insbesondere in Franken. Die Zersplitterung der Grundstücke war dort wegen des Erbrechtes, der Realteilung, sehr groß. Dies hat bedeutet, dass oft alle Kinder des Erblassers berücksichtigt wurden. In Altbayern dagegen war es üblich, auf dem Anerbenrecht fußend, dass der Erblasser z.B. den Hof geschlossen an einen Erben übergab. Die weichen Erben wurden meistens mit Geld abgefunden.

Luitpold Braun

Niederbayern

Vorbereitungen für die Jubiläumstournee von KULTURmobil laufen auf Hochtouren

Angesichts des baldigen Probe- starts trafen sich die Teammitglieder des Theaterprojekts KULTURmobil in Landshut zum Austausch über die künstlerischen Konzepte.

Christoph Krix, der Regisseur des diesjährigen Abendstücks, betonte dabei, dass es ihm in seiner Inszenierung der Erfolgskomödie „Extrawurst“

von Dietmar Jacobs und Moritz Netenjakob um die gesellschaftsspal- tende Kraft einer um sich greifenden Erregungs- und Empörungskultur gehen wird. Das Publikum darf sich ihm zufolge auf einen Theaterabend freuen, bei dem die hochgradig komi- schen und pointierten Dialoge hin und her gehen werden wie bei einem Tennismatch. Denn das Stück spielt

während der Mitgliedersammlung eines Tennisvereins.

Weniger impulsiv wird es im Kin- derstück zugehen. Der Reiz von Lena Hachs „Die Geschichte vom Un-Ge- heuer“ liegt für die Regisseurin Ma- reike Zimmermann in der Hauptfigur. Wunderbar ungezogen und maßlos und zugleich unfassbar liebenswert ist das Ungeheuer, das unter seiner Ein- samkeit leidet. Denn vor einem Unge- heuer fürchten sich alle. Es beschließt also, seine Vorsilbe loszuwerden. Das ist aber natürlich nicht so einfach – und am Ende kommt sowieso alles an- ders.

Für viele Kommunen Niederbay- erns gehört das Gastspiel von Kultur- mobil zu den kulturellen Höhe- punkten des Sommers. Bezirkstags- präsident Dr. Olaf Heinrich ließ es sich nicht nehmen, das Team des Theaterprojekts persönlich zu begrü- ßen. Alle Spielorte und Termine sind auf der Website www.kulturmobil.de zu finden. ■



Beim Konzeptionsgespräch stellten die Teammitglieder die Theaterstücke und künstlerischen Konzepte vor: (v. l. n. r.) Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Graziella Tomasi (Ausstattung Abendstück), Christoph Krix (Regie Abendstück), Stephanie Griebel (Tournée- leitung und Requisite Abendstück), Dr. Laurenz Schulz (Projektleitung), Hanna Schnelle (Assistenz der Tournéeleitung und Produktionsassistent), Mareike Zimmermann (Regie Kinderstück), Gerhard Schuller (Bühnentechnik), Isabel Graf (Ausstattung Kinderstück), Christoph Goldstein (Tournéeorganisation), Sabine Tanriyöver (Maske Kinder- und Abendstück).

Mittelfranken

Mittelfrankens römische Geschichte entdecken

Viel Gelegenheit, in die römische Geschichte einzutauchen, dabei Neues zu entdecken und gleichzeitig schöne Orte in Mittelfranken kennen- zulernen, bietet die Veranstaltungs- broschüre „Limes“.

Sie ist nach einjähriger, pandemie- bedingter Pause nun für 2022 wieder erschienen. Darin sind viele Angebote, Termine und Veranstaltungen rund um das einzigartige, mittelfränkische Welterbe, den Obergermanisch-Räti- schen Limes, zusammengefasst. In der

knapp 50 Seiten umfassenden Bro- schüre sind neben Altbewährtem auch neue Formate zu finden. Die Ak- tionstage LIMESTival z. B. finden im Juni am Seezentrum Schlungenhof statt und locken mit Vorführungen und Mitmachaktionen rund um das Leben eines römischen Auxiliarsoldaten. Ein vielfältiges Angebot bietet au- ßerdem das Limesmuseum Ruffenhofen. Neben der Ausstellung „Mehr als nur Europa. Horst Haitzinger und die An- tike in politischen Karikaturen“, die noch bis 15. Mai zu sehen ist, sind

spannende Vorträge und Aktionen ge- plant. Die Limesbrochure ist kosten- los beim Kulturreferat des Bezirks Mittelfranken, unter limesfachbera- tung@bezirk-mittelfranken.de oder 0981/4664-50003, erhältlich. ■



Oberbayern

Digitale Spitzentechnologie für die Filmbranche in Penzing

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat auf dem ehemaligen Fliegerhorst in Penzing westlich

von München eine Förderurkunde an die Hyperbowl GmbH übergeben.

Das Staatsministerium für Wirtschaft unterstützt den Aufbau der Penzing Studios in einem denkmalgeschützten Flugzeug-Hangar mit 1,45 Millionen Euro.

Wirtschaftsminister Aiwanger: „Mit der Ansiedlung ist es gelungen, den Startschuss für filmtechnische Spitzentechnologie auf dem ehemaligen Militärgelände zu geben. Wir haben hier die Chance zur Entwicklung eines Spitzenstudio-Standortes, der Bayern auf die Weltkarte für Filmproduktionen bringen kann.“

Mit Hyperbowl als Nukleus ist mittelfristig der Aufbau eines vollwertigen Hightech-Studiokomplexes und eines Wissenschafts-Campus auf Teilen des ehemaligen Fliegerhorstes geplant. ■



Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger übergibt die Förderurkunde an die Hyperbowl GmbH

Schwaben

Der Frühling kündigt das Allgäuer Literaturfestival an

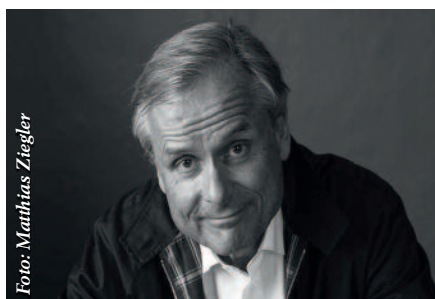
In diesem Jahr stehen von 12. Mai bis 4. Juni insgesamt 26 attraktive Lesungen auf dem Programm.

Literaturinteressierte und Allgäuliebhaber finden ab sofort die Übersicht zu den eingeladenen Autorinnen und Autoren mit ihren aktuellen Büchern, alle Termine, Veranstaltungs-

orte und weitere Informationen auf der Webseite des Festivals unter www.allgaeuer-literaturfestival.de. Dabei sein werden u.a. Axel Hacke, Antje Rávic-Strubel, Georg Klein und Michaela May. Das Allgäuer Literaturfestival ist das einzige kulturelle Veranstaltungsprojekt, an dem das gesamte Allgäu teilhat. Seit 2016 wer-

den mit Erfolg Lesungen und literarische Cross-Over-Auftritte präsentiert.

Kultureinrichtungen und Kulturämter, Museen und Volkshochschulen organisieren unter der Trägerschaft der Schwabenakademie Irsee Autorenlesungen. Jedes Jahr wird ein Programm geboten, in dem für jedes Alter und jeden Geschmack etwas dabei ist. ■



Axel Hacke



Michaela May



Nicola Förg



Der Ordinarius für Bayerische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München, Prof. Dr. Dieter J. Weiß, untersuchte die auf vier Stämmen basierende bayerische Staatsidee König Ludwigs I. als Gedankenanstoß für den Zusammenhalt Europas. Seinem Thema wird in einer der nächsten Ausgaben der Weiß-Blauen Rundschau ein eigener Beitrag gewidmet.

Der 57. Andechser Europatag befasste sich mit dem Thema „Europa – ein Zuhause?“ und stand gleichzeitig im Zeichen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Bernd Posselt, der Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, die diese internationale Begegnung auf Bayerns Heiligem Berg zweimal im Jahr veranstaltet, sah darin keinen Widerspruch. Um den äußeren Bedrohungen gewachsen zu sein, so Posselt, gelte es, sowohl die Europäischen Institutionen zu stärken als auch die europäische Identität zu entfalten: „Das eine ist der Leib, das andere die Seele Europas.“

Besonderer Ehrengast war Rafał Dutkiewicz, langjährige Oberbürgermeister von Breslau und einer der populärsten Politiker Polens. Seine Stadt habe nach dem Zweiten Weltkrieg durch die komplette Vertreibung der Deutschen und die Ansiedlung von Polen aus der heutigen Ukraine, die ebenfalls ihre Heimat verlassen muss-

57. Andechser Europatag der Paneuropa-Union Deutschland **Innere Stärke, äußere Sicherheit**

ten, einen nahezu völligen Bevölkerungsaustausch erlitten. Heute spiele sie eine völkerverbindende und europäische Rolle. Insgesamt sieht Dutkiewicz Polen auf einem guten europäischen Weg. Die Politik der heute regierenden nationalistischen Kräfte nannte er „die Sterbensschmerzen einer alten Zeit.“

Prof. Jana Osterkamp vom Collegium Carolinum und vom Lehrstuhl für die Geschichte Ost- und Südosteuropas an der LMU wies darauf hin, dass die Habsburgermonarchie für die Zeitgenossen im 19. Jahrhundert und für viele Historiker von heute wegen ihrer Vielfalt der Völker und Sprachen, Religionen und historischen Regionen ein „Europa im Kleinen“ gewesen sei: „Wie derzeit in der EU, so drängte sich auch damals in der Habsburgermonarchie die Frage auf, ob und wie sich in diesem Reich verschiedene Heimaten seiner Bürger und Bewohner zu einer ‚Heimat der Heimaten‘, wie dies Václav Havel nannte, verbinden lassen könnten.“

Der aus Bayern stammende und in Estland lebende Extremismusforscher Florian Hartleb schilderte, wie extremistische Rechte und Linke, vielfach vom russischen Putin-Regime gefördert, seit mehr als zwanzig Jahren an den Fundamenten Europas gezündelt haben. Eines der wichtigsten Instrumente sei die hybride Kriegsführung durch gezielte Desinformation und Propaganda, insbesondere über die Social Media. Der erfolgreiche Buchautor ging auf den Chefideologen Putins, Alexander Dugin, ein, der die Vision eines von Moskau gelenkten Eurasiens entworfen habe. Funktionäre von Dugins Eurasischer Jugend seien im Mitarbeiterstab der AfD im Bundestag tätig geworden. Die sich immer

weiter radikalisierende AfD vernetze sich außerdem nicht nur mit Reichsbürgern, sondern auch mit Impfgegnern und Esoterikern. Nach dem von dieser Partei ermöglichten Sturm auf den Reichstag seien etliche von diesen Demonstranten anschließend zu Gast in der Russischen Botschaft gewesen. Die französischen Rechtsextremisten von Marine Le Pen habe Russland massiv finanziell unterstützt. Diese Kräfte versuchten derzeit zwar, zu Putins Krieg ein wenig auf Distanz zu gehen, bemühten sich aber weiterhin, den Zusammenhalt Europas zu unterminieren. Die Baltischen Staaten seien vor allem dadurch bedroht, dass Moskau die russischsprachigen Volksgruppen dort instrumentalisieren.

Bernd Posselt als starker Verfechter der Europäischen Einigung betonte, dass diese nicht „zu einem Zug nach nirgendwo“ werden dürfe. Sie brauche ein klares Ziel und einen konkreten Fahrplan. Dazu gehöre die Entwicklung eines europäischen Patriotismus, der die nationalen und regionalen Patriotismen nicht verdrängt, sondern „ergänzt und krönt“. So wichtig wirtschaftlicher Erfolg für ein funktionierendes Europa sei, so sehr müsse man bei dessen Weiterentwicklung bedenken, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebe – wie dies in der Heiligen Schrift stehe. Für den Zusammenhalt seien Kultur, Symbole, bürgerschaftliches Engagement, Föderalismus und eine völkerverbindende Identität unverzichtbar. Auch die Ukraine sei ein zutiefst europäisches Land, obwohl sich der Rat der Staats- und Regierungschefs aus Angst vor Moskau jahrelang bemüht habe, ihr das Europäertum abzusprechen. In der Andechser Wallfahrtskirche zelebrierte Pater Cyrill Schäfer OSB einen

57. ANDECHSER EUROPATAG DER PANEUROPA-UNION DEUTSCHLAND

Bittgottesdienst für die Ukraine. Aus der Ordensregel des Heiligen Benedikt, Patron Europas, dem die Messe gewidmet war, zitierte er die Aufforderung, für die Fastenzeit: „Ein wenig mehr anstrengen als sonst; aber eigentlich ist für Christen immer Fastenzeit.“

Das abschließende Podium „Zusammenhalt in Europa“ moderierte der Ukraine-Berichterstatte des Deutschen Bundestages, Paneuropa-Präsidiumsmitglied Knut Abraham MdB aus Brandenburg: „Paneuropa macht mir immer klar, was Europa ausmacht – in kultureller, menschlicher, politischer und religiöser Dimension. Wenn man all das zusammennimmt, ist es ein Zuhause.“ Zusammenhalt in Europa habe er gerade bei der Demonstration gesehen, man sehe es in Premysl an der polnisch-ukrainischen Grenze oder in Berlin am Hauptbahnhof, wo tausende Flüchtlinge, aber auch hunderte Helfer aus ganz Europa zusammenkämen.

Alfred Theisen, der in Görlitz die Zeitschrift „Schlesien heute“ aufgebaut hat, berichtete von tiefgreifender

Entchristlichung durch Nationalsozialismus und Kommunismus – es gebe dort heute noch so viele Jugendweihen wie vor 30 Jahren. Deshalb habe er seinen Verlag nach dem biblischen „Senfkorn“ genannt, das er dort einzupflanzen versuche. Andererseits sei es durch die Situation der Freiheit gelun-

gen, zwischen Deutschen und Polen, auch in der lange geteilten Stadt Görlitz/Zgorzelec, Vorurteile und Misstrauen abzubauen. Dabei hätten besonders die Euroregionen und die Förderung für grenzüberschreitende Vereine geholfen, aber auch die Vertriebenen. ■



Knut Abraham MdB (am Pult) leitet die Diskussion zwischen Podium und Saal. V.r.n.l.: Prof. Elisabeth Ditttrich, Alfred Theisen, Pater Cyrill Schäfer und Herbert Hofauer, Knut Abraham und Bernd Posselt. Herbert Hofauer, 25 Jahre lang Bürgermeister von Altötting, erzählte, wie er als Jugendlicher bei einer Zeltreise in Frankreich „als Deutscher unangenehme Begegnungen“ erlebt habe, dieser Eindruck sich aber durch das Deutsch-Französische Jugendwerk und Reisen nach Taizé geändert habe. In Altötting habe er von seinem Vorgänger eine Partnerschaft mit dem italienischen Loreto übernommen, habe dort den Oberbürgermeister von Tschentstochau und über diesen die von dessen Partnerstädten Lourdes und Fatima kennengelernt. Aus der Zusammenarbeit in der Frage, wie man gewaltige Zahlen von Pilgern mit den Belangen der Bürger in Einklang bringen könne, sei „Shrines of Europe“ entstanden, ein europaweites Netzwerk von Marienwallfahrtsorten. Nächste Woche bringe er mit einem Hilfstransport Arzneimittel und anderes in die Ukraine. Hofauer schlug vor, einen weltweiten Fonds zum Wiederaufbau auch des kulturellen Erbes der Ukraine zu gründen.



An den Gottesdienst schloss sich eine Demonstration für die Ukraine vor dem Kloster-gasthof an, mit Paneuropa- und ukrainischen Fahnen sowie Schildern mit der Aufschrift „Stop the War“ und „Europa zusammenhalten“. Paneuropa-Vizepräsident Michael Gahler MdEP, der Ukraine-Berichterstatte des Europäischen Parlamentes, verurteilte den russischen Angriffskrieg und rief zu uneingeschränkter Solidarität mit dem ukrainischen Volk auf. Er forderte verschärfte Sanktionen sowie Waffenlieferungen: „Die Ukrainer sind in ihrer Existenz bedroht und müssen sich verteidigen können!“ Als Zeichen der Hoffnung und als Zeichen, dass die Ukraine untrennbar zu Europa gehöre, wurden die ukrainische und die Europahymne gespielt.

Umfrage zu „Bayerns Dialekte Online“

Es ist doch schon eine Weile her, dass wir das schöne MundART WERTvoll Projekt durchgeführt haben und es wird leider immer noch ein bisschen dauern, bis wir in die vierte Runde gehen können. Deshalb eine kleine Aufmunterung in diesen schwierigen und unfassbaren Zeiten.

Das sicherlich vielen bereits bekannte Bayerische Wörterbuch ist zusammen mit dem Fränkischen Wörterbuch und dem Dialektologischen Informationssystem von Bayerisch-Schwaben Teil des kostenlosen Wörterbuchportals "Bayerns Dialekte Online". Dieses System ermöglicht

einen Einblick in den reichhaltigen Dialektwortschatz des Freistaats, u.a. über die aktuell rund 650.000 darin enthaltenen Belege.

Wir möchten Sie herzlich dazu einladen, darin zu stöbern und an der Umfrage teilzunehmen. Denn Sie allein als dialektinteressierte Nutzerinnen und Nutzer können uns sagen, ob das System gut nutzbar ist oder ob etwas verbessert werden sollte.

Verbreiten Sie die Umfrage sehr gerne auch in Ihrem persönlichen Umfeld.

Je mehr Eindrücke wir durch Ihre Mithilfe gewinnen können, desto besser.

Weitere Informationen und die Umfrage selbst finden Sie unter: <https://bdo.badw.de/mitmachen/umfrage>

Herr Manuel Raaf betreut „Bayerns Dialekte Online“ und ist verantwortlich für die Umfrage (<https://bdo.badw.de>).

Herzlichen Dank allen, die teilnehmen und damit helfen, „Bayerns Dialekte Online“ zu bewerten und zu verbessern!

Bis bald wieder,
mit den allerbesten Grüßen
Ihre Ingrid Ritt

Oberbayern

Einzigartiges Gemeinschaftsprojekt „MundArt-Weg“

Im Einzugsgebiet des Priener Mittelschulverbandes soll ein gemeindeübergreifender MundArt-Weg entstehen, den die Schülerinnen und Schüler der Franziska-Hager-Mittelschule gemeinsam mit ihren Lehrern und mit Unterstützung durch Fachleute entwerfen und gestalten.

Zu einem Planungstreffen kamen die Vertreter der Gemeinden aus Aschau i. Chiemgau, Breitbrunn,

Rimsting, Gstadt, Eggstätt und Prien mit der Schulleitung Marcus Hübl (Vierter von links) und Lehrern zusammen. Entlang verschiedener Spazier- und Wanderwege in den jeweiligen Gemeinden, werden Schilder gestaltet, auf denen regionale, mundartliche Ausdrücke beschrieben und erklärt werden. Auf den Tafeln wird auch ein QR-Code abgedruckt sein, auf dem von den Schülern ein Text eingelesen ist, sodass man den

Dialekt auch hören kann und der Zuhörer weiterführende Informationen erhält.

Die Gemeinden haben sich jeweils passende Themenbereiche für ihren Standort überlegt. Zusätzlich soll der MundArt-Weg auf einem Flyer vorgestellt werden, in dem Interessierte Informationen zur Wegführung und weiterführendes Material finden.

Am Ende der Sitzung und Absprachen (siehe Foto) waren sich alle Beteiligten einig, dass der MundArt-Weg nicht nur eine „bärgige Sach“ für die Schüler wird, die sich intensiv mit ihrem regionalen Dialekt auseinandersetzen, sondern auch einen Mehrwert für die beteiligten Gemeinden hat, die damit ihr Angebot für Touristen erweitern können. Die Umsetzung bzw. Einrichtung dieser MundArt-Weg in den jeweiligen Gemeinden soll bis zum Sommer 2022 gegeben sein.



Bürgerallianz Bayern im Gespräch mit Finanz- und Heimatminister Albert Füracker

Die Bürgerallianz Bayern bündelt die Sorgen und Nöte der ehrenamtlich Tätigen in 24 Verbänden in Bayern mit über 2,2 Millionen Mitgliedern. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, das Ehrenamt gegenüber Politik und Verwaltung zu stärken.

In loser Reihenfolge lädt die Bürgerallianz Mitglieder des bayerischen Kabinetts ein zu Ministergesprächen. Aktuell hörte sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker die Anliegen der Verbände an.

Der Sprecher der Bürgerallianz Sebastian Friesinger, zugleich Landesvorsitzender des Bayernbundes, freute sich, dass seit langem wieder einmal eine Präsenzveranstaltung möglich war und bedankte sich beim 1. Landesschützenmeister Christian Kühn, dass das Ministergespräch in der Olympia-Schießanlage in Garching-Hochbrück stattfinden konnte.

In seinem Einführungsreferat dankte Staatsminister Albert Füracker den Verbänden für ihren unermüdlichen Einsatz zum Wohle unserer Gesellschaft auch in Zeiten der Pandemie. Nach seinen Beobachtungen bringen sich über 40 Prozent der

Menschen in Bayern ehrenamtlich ein.

Staatsminister Füracker kennt die Probleme und Sorgen der Verbände und Vereine. Er nahm die Anregungen für eine steuerliche Entlastung gerne auf, musste aber zu bedenken geben, dass dafür immer ein Beschluss aller Länderfinanzminister erforderlich ist.

Der Landesvorsitzende des Bayernbundes Sebastian Friesinger bat den Heimatminister dringend, Klarheit für die Durchführung von Vereinsfesten zu schaffen. Er führte beispielhaft die Probleme um den anstehenden Patronatstag der Gebirgsschützen aus. Staatsminister Füracker betonte, dass

sich auch die Politik wieder Normalität wünscht und hofft auf einen entsprechenden Infektionsverlauf. Dann sollte eigentlich ab dem 19. März keine Absage von Veranstaltungen mehr möglich sein.

Präsident Prof. Dr. Ing. Albert Göttle und 1. Landesschützenmeister Christian Kühn forderten eindringlich, die Politik möge die Verbände früher in Gesetzgebungsverfahren einbinden. Der Freistaat sollte mehr Vertrauen haben in die ehrenamtlich Tätigen und das Angebot, das jeweilige Fachwissen in Gesetzgebungsverfahren einzubringen, bitte auch annehmen. ■



Der bayerische Finanz- und Heimatminister Albert Füracker (links) hörte sich aufmerksam die Sorgen und Nöte der Verbände an. Daneben (v.l.): Sebastian Friesinger (Sprecher der Bürgerallianz), 1. Landesschützenmeister Christian Kühn, Max Bertl (Ehrenvorsitzender des Bayer. Trachtenverbandes)



V.r.: Prof. Dr. Ing. Albert Göttle (Präsident des Landesfischereiverbandes Bayern), Dr. Sebastian Hanfland (Geschäftsführer der Bürgerallianz), Rolf Baron von Hohenhau (Präsident des Bundes der Steuerzahler Bayern e.V.) und Hans-Jürgen Rosar (Bund Bayerischer Jagdaufseher).



Ihre Anliegen brachten vor u.a. (v.l.): Max Weichenrieder (1. Vorsitzender des Landesverbandes Bayerischer landwirtschaftlicher Wildhalter), Max Keler (Bund Bayerischer Berufsjäger), Claus Wittmann (1. Vorsitzender der AGNA Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen der Naturschutzwacht Bayern).



Der Landeshauptmann der Bayerischen Gebirgsschützen Martin Haberfellner, der Landesvorsitzende des Bayernbundes Sebastian Friesinger und Willi Berger, Hauptmann der Gebirgsschützenkompanie Rosenheim nahmen an der Sebastiani-Wallfahrt teil. Durch diesen feierlichen Gottesdienst, den Kompaniepfarrer Geistlicher Rat Andreas Maria Zach zusammen mit Stadtpfarrer Sebastian Heindl in der festlich geschmückten Kirche zelebrierten, zeigten die Gebirgsschützen, dass sie sich trotz dieser gewaltigen Einschränkungen nicht unterkriegen lassen und bereit sind Krisen zu meistern und durchzustehen sowie an den Traditionen festhalten.



Vertreter der Bürgerallianz Bayern trafen sich in der Staatskanzlei mit Staatsminister Dr. Herrmann zu einem runden Tisch, um Rahmenbedingungen zu besprechen, unter denen in diesem Jahr wieder Volks- und Trachtenfeste stattfinden können. Von links: Dr. Sebastian Hanfland (Geschäftsführer der Bürgerallianz), Clemens Baumgärtner (Münchener Wirtschaftsreferent und Wiesn-Chef), Karl-Heinz Knoll (Präsident Festring München), Max Bertl (Ehren-Landesvorsitzender des Bayer. Trachtenverbandes), Josef Dickl (1. Vorstand GTEV Edelweiß Endorf und Ausrichter des Gaufestes 2022 des Gauverbandes 1), Sebastian Friesinger (Sprecher der Bürgerallianz Bayern und Landesvorsitzender des Bayernbundes) und Christian Kühn (1. Landesschützenmeister BSSB).



Traditionell beginnt am Josefitag die Saison des Freilichtmuseums Glentleiten, in diesem Jahr verbunden mit der Eröffnung der Sonderausstellung „Tanken an der bayerischen Alpenstraße“. Mit frischgezapftem Josefibock haben angestoßen v.l.: Sebastian Friesinger, Landesvorsitzender des Bayernbundes und Vorsitzender des Fördervereins Bauernhausmuseum Amerang e.V., Christoph Hillenbrand, Präsident Oberster Rechnungshof und Vorsitzender des Fördervereins Freunde der Glentleiten, Max Bertl, Ehrenvorsitzender des bayerischen Trachtenverbandes, Andrea Jochner-Weiß, Landrätin des Landkreises Weilheim-Schongau und Bezirkstagspräsident Josef Mederer.



Antrittsbesuch bei der neuen Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes

Sebastian Friesinger besuchte die neue Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes, Angelika Schorer MdL und gratulierte ihr zum neuen Amt. Beide kennen sich schon lange durch das gemeinsame Thema „Landwirtschaft“. Auf ihrer Agenda stand deshalb auch die Sicherstellung der Versorgung mit Lebensmitteln und Energie.

Weitere Themen ihres Gesprächs waren die vielfältigen Aufgaben des Bayerischen Roten Kreuzes und unter anderem auch die Hilfe für die Menschen in der Ukraine. Dabei entstand der Gedanke, in dieser Ausgabe der Weiß-Blauen Rundschau einen kostenlosen Spendenaufruf zu veröffentlichen.

Angelika Schorer ist Mitglied des Bayernbundes.

Bayernbund in Klausur auf Frauenchiemsee

Für die Mitglieder des Landesvorstandes und die Kreisvorsitzenden des Bayernbundes war es die Rückkehr an einen Kraftort: Bei einer Klausur im Seminarhaus der Benediktinerinnen Frauenwörth auf Frauenchiemsee konnten wichtige Weichen für die Arbeit in der Zukunft gestellt werden.

Landesvorsitzender Sebastian Friesinger begrüßte die Teilnehmer und

von Weihbischof Manfred Bischof und die Landesversammlung in Altötting in Anwesenheit von Herzog Franz von Bayern und Prinz Ludwig von Bayern.

Eine eingehende Diskussion entwickelte sich zu der Frage, wie sich der Bayernbund künftig in der Öffentlichkeit positionieren soll. Auslöser war der Antrag und Leserbrief eines Kreisverbandes (abgedruckt in dieser Ausgabe), wie sich der Bayernbund

in der Weiß-Blauen Rundschau zu veröffentlichen.

Sebastian Friesinger berichtete über den aktuellen Stand bei der Gründung neuer Kreisverbände.

Der neue Landesvorsitzende des Bayerischen Trachtenverbandes Günter Frey gab einen Überblick über die bisherige Arbeit im Projekt MundArt WERTvoll, das allerdings bei der Umsetzung in den Grundschulen wegen der Coronapandemie ins Stocken gekommen war. Bayernbund und Bayerischer Trachtenverband planen in enger Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus nun einen Neustart mit vier Pilotprojekten.

WBR-Redakteur Fritz Lutzenberger berichtete über die Öffentlichkeitsarbeit des Bayernbundes mit der Weiß-Blauen Rundschau sowie der Homepage www.bayernbund.de und dem Facebook-Auftritt des Landesverbandes. Von den Klausurteilnehmern kamen eine Reihe von Vorschlägen, die künftig berücksichtigt werden. Ergänzend stellte Medienrat Anton Hötzelberger den neugestalteten Bayerischen Heimat- und Trachtenboten des Bayerischen Trachtenverbandes vor.

Bei der anschließenden 250. Sitzung des Landesvorstandes wurde u.a. der Haushalt 2022 genehmigt. Sebastian Friesinger beschloss die Tagung mit einem Dank an den Landesvorsitzenden des Bayerischen Trachtenverbandes Günter Frey für seine Teilnahme, den Moderatoren der Klausur Wilfried Funke und Fritz Lutzenberger sowie Gabriele Then von der Landesgeschäftsstelle und Schatzmeister Stephan Schlier. ■

Fritz Lutzenberger



Im Klosterhof stellten sich der Fotografin (vorne v.l.): Max Frankl (KV Deggendorf), Monika Kaltner (KV Holledau), Christian Glas (Stellv. Landesvorsitzender), Medienrat Anton Hötzelberger, Landesvorsitzender Sebastian Friesinger, Ehrenvorsitzender Adolf Dinglreiter, Günter Frey (1. Landesvorsitzender Bayer. Trachtenverband), Horst Wipplinger (KV Passau), hinten v.l.): Ludwig Bertl (KV Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen), Gabriele Then (Landesgeschäftsstelle), Konrad Schwarzfischer (KV Regensburg), Fritz Lutzenberger (Moderator), Wilfried Funke (Moderator), Georg Stahl (KV Neustadt/WN, Weiden, Tirschenreuth), Dr. Franz Heigenhauser (KV Traunstein), Landesschatzmeister Stephan Schlier, Kassenprüfer Christian Bürger).

ließ das Jubiläumsjahr 2021, in dem der Bayernbund sein 100-jähriges Bestehen begehen konnte, Revue passieren.

Herausragende Ereignisse waren die Übergabe der Ehrenfahne des Ministerpräsidenten durch Dr. Markus Söder in der Münchener Residenz sowie der Festgottesdienst, zelebriert

dazu stellt, ob Ludwig Thoma in Anbetracht seiner antisemitischen Artikel noch als Namensgeber für Schulen oder Straßen in Frage kommt. Letztlich verständigte sich der Landesvorstand darauf, in solchen Fragen immer eine Einzelabwägung vorzunehmen und gegebenenfalls einen Kommentar

Startschuss für „Zukunftsdialog Heimat.Bayern“ – Bayerns Bürgerinnen und Bürger sollen an Zukunftsvision mitwirken

„Heute Startsignal für den ‚Zukunftsdialog Heimat.Bayern‘: Wir wollen Heimat gestalten und im Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern das weiß-blaue Lebensgefühl in allen Landesteilen stärken. Starke Kommunalfinanzen, Vorfahrt für Regionalität, Bürokratieabbau, Behördenverlagerung und der Netzwerk- und Transfergedanke in der Wissenschaft. Teilhabe für alle und dabei nie vergessen, wer wir sind: Modernität in Tradition – das ist Bayern“, sagte der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei der Auftaktveranstaltung „Zukunftsdialog Heimat.Bayern“ in der Residenz München.

Albert Füracker, Staatsminister der Finanzen und für Heimat: „Mit dem ‚Zukunftsdialog Heimat.Bayern‘ wollen wir unsere Heimat fit für die Zukunft machen und einen gemeinsamen gesellschaftlichen Aufbruch starten, nach dem Motto ‚Gesellschaft einen – Zusammenhalt stärken‘. Nur gemeinsam können wir Bayern lebenswert und zukunftsfest weiterentwickeln. Unsere Bürgerinnen und Bürger kennen ihre Heimat am besten und können als wichtige Impulsgeber über den Dialogprozess ihr Wissen aktiv einbringen und Bayerns Zukunft mitgestalten. Unser gemeinsames Ziel ist es, mit Bayerns Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden eine Zukunftsvision zu entwickeln. Machen Sie mit bei der Gestaltung und Entwicklung unserer schönen Heimat Bayern: unsere Bürgerinnen und Bürger bilden das Herzstück des Zukunftsdialogs!“

Michaela Kaniber, Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: „Mitplanen, Mitgestalten, An-

packen – das sind die zentralen Elemente der Bürgermitwirkung in der Dorferneuerung. Die Bürgerinnen und Bürger in den ländlichen Räumen entwickeln so ihre Heimat aktiv mit. Engagement und Eigenverantwortung – das zeichnet die Menschen in Bayern aus. Auch in der Flurneuordnung, der Integrierten Ländlichen Entwicklung, unseren Initiativen bodenständig und HeimatUnternehmen oder bei LEADER arbeiten Menschen und Kommunen im ländlichen Raum zusammen. Ich bin immer wieder begeistert, mit welch wegweisenden Projekten sie ihre Heimat ein Stück liebenswerter machen. Mit dem Leistungsspektrum unserer Verwaltungen, vor allem der Ländlichen Entwicklung, stärken wir Dörfer, Landschaften und Regionen und gestalten sie zukunftsgerecht. Auf diese Erkenntnisse und Erfahrungen setzen wir auch beim ‚Zukunftsdialog Heimat.Bayern‘. Ich freue mich auf die Gespräche.“ In Kooperation mit der Bayerischen Staatskanzlei starten das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat sowie das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ab heute einen breit angelegten „Zukunftsdialog Heimat.Bayern“. Im Mittelpunkt stehen die Bürgerinnen und Bürger Bayerns; sie können sich aktiv mit verschiedenen Möglichkeiten – vor Ort und online – am Prozess beteiligen. In allen bayerischen Regierungsbezirken finden im Mai insgesamt acht Regionalkonferenzen statt. Hier können Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Kabinettsmitgliedern und Kommunalpolitikern Zukunftsthemen diskutieren. Die Anmeldung zur Teilnahme an den Regio-

nalkonferenzen ist über das Portal www.heimat.bayern/zukunftsdialog möglich – hier können auch Themenwünsche genannt werden. Alle Bürgerinnen und Bürger können ab sofort auch unabhängig von einer Teilnahme an einer Regionalkonferenz online unter www.heimat.bayern/zukunftsdialog Zukunftsthemen sowie Ideen, Meinungen und Fragen einbringen. Einen weiteren Baustein des Zukunftsdialogs bildet die Umfrage „Heimatspiegel Bayern“ unter www.heimat.bayern/heimatspiegel, in der Einschätzungen zu heimatrelevanten Themen und Entwicklungen in Stadt und Land bis Ende Mai geäußert werden können. Alle Ergebnisse der Bürgerbeteiligungen werden im Anschluss aufbereitet, gemeinsam mit Experten werden Lösungen sowie entsprechende Maßnahmen entwickelt. Als Ergebnis des Dialogprozesses ist im Frühjahr 2023 die Vorstellung der „Zukunftsvision Heimat.Bayern“ samt Umsetzungsmaßnahmen geplant. Weitere Infos, Termine und Anmeldemöglichkeiten zum „Zukunftsdialog Heimat.Bayern“ finden Sie unter www.heimat.bayern/zukunftsdialog. ■



Beim Zukunftsdialog mit am Tisch: V.L.: Günter Frey (1. Landesvorsitzender des Bayerischen Trachtenverbandes), Heimatminister Albert Füracker, Hildegard Hoffmann (Bayer. Trachtenverband), Sebastian Friesinger (Landesvorsitzender des Bayernbundes)

Kreisverband Rosenheim

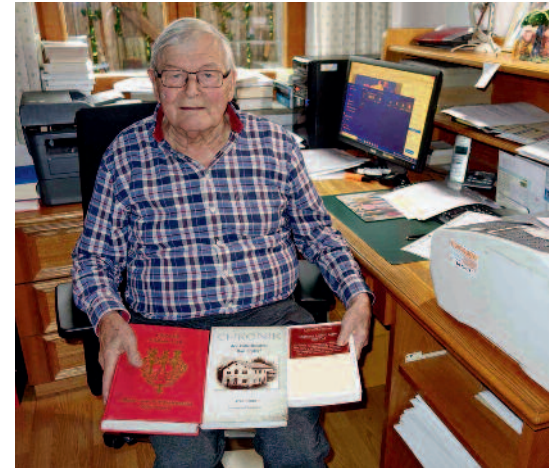
Konrad Breittrainer, MdL a.D. – ein Leben für die Geschichte und Literatur Bayerns

„Aus Bayern, in Bayern und für Bayern“ – dies trifft auf Konrad Breittrainer, Bayerns ehemaligen Landtagsabgeordneten in vorbildlicher Weise zu. Der Ehrenvorsitzende des Kreisverbandes Rosenheim vom Bayernbund war von 1980 bis 1994 gewählter Abgeordneter für die CSU ohne eigenen Stimmkreis. Zuvor war er gelernter Maler und dann auf dem zweiten Bildungsweg Gymnasiallehrer für Deutsch, Griechisch und Latein. Die Gründung des Bayernbund-Kreisverbandes Rosenheim 1994 und dessen Führung bis 2007 waren ihm ein persönliches Anliegen. Wie sehr Bayern dem gebürtigen Söllhubener (heute Gemeinde Riedering) ans Herz gewachsen ist, hat er bis heute in zahlreichen historischen und literarischen Werken bewiesen.

Bei einem Besuch in seinem Wohnhaus in Rohrdorf berichtet der heute 88-Jährige von seinem reichen Schaffen, das mit einem Heimatbuch und

mit einer Festschrift für die Gebirgsschützenkompanie der Hofmark Söllhuben im Jahr 1985 begann, dazu erinnert er sich: „Für dieses Buch habe ich Quellenmaterial aus den Tiefen der Archive gesucht und gesichtet. Dazu muss man wissen, dass 1322 die letzte Ritterschlacht bei Mühldorf war. Danach musste sich das Volk selbst verteidigen, da es keine Ritter mehr gab. Jeder Hof wurde waffen- und wehrpflichtig, hatte die Bäuerin keinen Bauern, musste sie einen Knecht stellen“. Um die Recherchen für das erste Gebirgsschützen-Buch zu vervollständigen wertete der Autor die ersten Mannschaftsbücher der Hofmark Söllhuben aus den Jahren 1477 und 1485 aus. Konrad Breittrainer war auch bei den folgenden Heimatbüchern „Riedering“ und „Bernau“ als Verfasser mitbeteiligt. Unterstützt von Lehrer Hans Hösch aus Frasdorf wagte er sich anschließend an den ersten Quellenband der großen Chronik von Gemeinde und Geschichtsverein

Aschau i. Chiemgau heran. „Ganze neun Jahre bin ich an diesem umfangreichen Werk dran gewesen, die Her-



Konrad Breittrainer mit drei seiner wichtigsten und größten Werke, dem Quellenband I der Aschauer Chronik, der Chronik vom Endorfer Volkstheater und dem jüngst erschienenen Roman „Dietmars Leben, Liebe und Tod“.

ausgabe war im Jahr 1997. Themen waren dabei unter anderem das Wehr- und Schützenwesen, die Landfahnen,

Lebensdaten und Wirken von Konrad Breittrainer

Konrad Breittrainer, geboren am 3. Mai 1933 in Pfaffenbichl, Gemeinde Söllhuben (heute Riedering) besuchte die Volksschule in Söllhuben und machte eine dreijährige Lehre bei seinem Vater im Malerhandwerk, ehe er die Berufsschule in Rosenheim mit der Gesellenprüfung verließ. Es folgten zwei Jahre berufliche Wanderzeit in Rosenheim, München und Waldkraiburg. Als dann besuchte Konrad Breittrainer das Spätberufenseminar Fürstenried und das Humanistische Gymnasium Rosenheim mit Abitur. Daraufhin studierte Breittrainer die

Sprachen Deutsch, Latein und Griechisch an der Universität München. Er machte 1962 die wissenschaftliche und 1964 die pädagogische Staatsprüfung, gefolgt von einer Referendarzeit in München und Traunstein sowie einer Unterrichtstätigkeit in Bad Reichenhall und Rosenheim. Breittrainer ist Oberstudienrat a. D., Mitglied des Bayerischen Philologenverbands und der Katholischen Erziehergemeinschaft. Er war auch Alt-senior bei Kolping Bad Reichenhall und im Bezirk Rupertigau sowie Vorsitzender des Kolpingwerks Bezirk Rosenheim. Als Referent war er tätig bei Kolping, der

Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung und in Kreisbildungswerken.

1964 wurde Breittrainer Mitglied der CSU. Er war Gemeinderat und CSU-Vorsitzender in seinem Wohnort Rohrdorf, Kreisrat des Landkreises Rosenheim und stellvertretender Diözesanvorsitzender der KAB München und Freising. Am 26. August 1980 rückte er für den verstorbenen Hans Kohlmann in den Bayerischen Landtag nach. Er war dort bis 1994 Abgeordneter. Zudem ist er Mitglied der katholischen Studentenverbindung K.B.St.V. Rhaetia München.

die Schützen und die Gebirgsschützen in Bayern am Beispiel der Herrschaft Hohenaschau, den späteren Gemeinden Sachrang, Aschau i. Chiemgau, Bernau, Frasdorf, Umrathausen und Söllhuben“ – so die Inhaltsbeschreibung. Viele weitere Schriften, unter anderem für die Gebirgsschützen in Prien, Bernau, Oberaudorf, Samerberg, Flintsbach, Raubling, Rosenheim und Bad Endorf folgten. Besonders stolz erinnert sich Breitner an die umfassende Chronik zum Endorfer Volkstheater für die Zeitspanne 1790 bis 2010.

Schicksalhafte Ereignisse nachgeforscht und in Roman verarbeitet

Erinnerungen an schicksalhafte Zeiten hat Konrad Breitner in den kleinen Büchern „Der Soldat Johann Astner & die Ärztin“ (2009) sowie „Die ehrlose, wehrlose Jungfrau“ mit langjähriger Ahnenforschung festgehalten. Sein letztes größeres Werk ist der Roman „Dietmars Leben, Liebe und Tod“. Das 370 Seiten starke Werk aus der Frankfurter Verlagsgruppe (ISBN 978-3-86369-255-1) handelt

vom tragischen Schicksal eines jungen Studenten, seinem frühen Tod im Jahr 1968 während der Studentenrevolte „Neue Linke“ in der Bundesrepublik Deutschland und sein Vermächtnis: Cavête extremistas! Cavête! – Hütet Euch vor Extremisten! Seid auf der Hut!. Dazu erklärt der Autor ergänzend: „Die Quellen sind allumfassend erforscht, weitere Kenntnisse sind kaum mehr zu erwarten“. Die letzte Bearbeitung und der Druck des Buches waren im März 2020.

Konrad Breitner, Vater von fünf Söhnen, will sich auch weiterhin mit der Geschichte und Literatur Bayerns einsetzen, nach dem Grundsatz, was er von seinen Vätern hat erworben, will er als gelebte Erfahrung an seine Nachfahren weitergeben. Für Christian Glas, den Kreisvorsitzenden Rosenheim vom Bayernbund ist sein Ehrenvorsitzender Vorbild, wenn er sagt: „Ohne seine Leidenschaft und sein Wissen wären wir heute nicht ein so starker Verband mit derzeit 681 Mitgliedern. Seinen Vorträgen, Veröffentlichungen und seinen vielen Exkursionen haben wir unendlich viel zu verdanken“.

Anton Hötzelberger ■

Weiß-Blaue Rundschau
Bayerische Zeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

Herausgeber

Die Weiß-Blaue Rundschau ist das offizielle Organ des Bayernbund e. V.
Telefon: 08031/9019140
Telefax: 08031/9019189
E-Mail: postfach@bayernbund.de

Redaktion

Landesvorstand des Bayernbund e. V.
Leitender Redakteur Fritz Lutzenberger,
Wilfried Funke
Münchener Straße 41
83022 Rosenheim
Telefon: 08031/9019140
Telefax: 08031/9019189
Email: redaktion.wbr@bayernbund.de

Der Bezugspreis für Mitglieder des Bayernbund e. V. ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Preis Einzelheft: 2,- €
Jahresabonnement (6 Ausgaben): 12,- €

Bankverbindung

meine Volksbank Raiffeisenbank eG
Konto-Nr.: 5772710
BLZ: 71160000
BIC: DENODEF1VRR
IBAN: DE22711600000005772710

Druck

Rapp-Druck GmbH
Kufsteiner Straße 101
83126 Flintsbach

Grafische Gestaltung

SKS Fotosatz GmbH
Kufsteiner Straße 101
83126 Flintsbach

Verlag und Anzeigen

Bayernbund e. V.
Münchener Straße 41
83022 Rosenheim

Einsendungen an

Landesgeschäftsstelle Bayernbund e. V.
Münchener Straße 41
83022 Rosenheim
Telefon: 08031/9019140
Telefax: 08031/9019189
Email: redaktion.wbr@bayernbund.de
Alle Beiträge per E-Mail oder auf CD.
Bilder auf Papier (digitale Bilder bitte mit 300 dpi Auflösung).

Redaktionschluss: 6. August 2022
(Ausgabe Juli/August 2022)

Leserbrief

Lieber Bürgermeister Stephan Dorn, sehr geehrter Herr Landesvorsitzender Sebastian Friesinger,

ich habe mit Freude den schönen Artikel über Lusérn in die Zeitschrift von Bayernbund gelesen.

Ich danke herzlich dafür: es ist für uns wichtig, dass die Bayern erfahren, dass südlich von Alpen, nach tausend Jahren, eine deutsche Sprachinsel bayerischer Herkunft, Lusérn, noch überlebt.

Wir möchten gerne die Kontakte mit dem deutschsprachigen Raum, ins besonders mit Bayern, ausbauen. Dank einer Initiative unseres Freundes Bürgermeister Stephan Dorn werde ich und der Bürgermeister von Lusérn, am 12. bis 14. Mai Neuhaus am Inn besuchen und hoffentlich auch Tiefenbach und Landkreis Landshut.

Mit besten Grüßen
Luis/Luigi Nicolussi Castellan
Vizebürgermeister von Lusérn



ERLEBNIS CHIEMSEE



— PENDELVERKEHR

Gerade Lust auf Chiemsee? Egal wann!
Die Chiemsee-Schiffahrt bringt Sie
an 365 Tagen zu Herren- und Fraueninsel
Fahrpläne dazu finden Sie unter:
www.chiemsee-schiffahrt.de



— CHIEMSEEBAHN

Heute schon gedampft? Eine Fahrt mit der Dampftrambahn
aus dem Jahr 1887 rundet ihr Chiemsee-Erlebnis ab.
Darf es Erste oder Zweite Klasse sein?



— GRUPPENANGEBOTE

Mit Freunden oder Gästen zum Chiemsee? Wir unterstützen Sie bei
der Planung Ihrer Gruppenreise. Anruf genügt: 08051 6090.

— VERANSTALTUNGEN

Darf es was Besonderes sein? Bei uns finden Sie Ihr passendes Schiff mit
besonderem Ambiente. Die traumhafte Kulisse des Chiemsees inklusive.

CHIEMSEE
SCHIFFFAHRT

